

TUN GEGGEN  
AS' TUN GIE  
D? WAS' TU  
E AFD? WWA

# Was tun gegen die AfD?

Zehn Vorschläge, wie der rechte Vormarsch  
gestoppt werden könnte

WAS' TWIN G  
HEN DIE A  
? WAS' TWIN  
DIE AFD? W

# inhalt

**Falsche Alternativen.** Warum breite Bündnisse gegen die AfD keine Perspektive für Linke sind. Von Sebastian Friedrich ..... 5

**One Solution: Feminism!** Im Kampf gegen die AfD müssen wir Antifaschismus und Feminismus gleichberechtigt zusammendenken. Von Anna Berg und Tanya Zorn ..... 8

**Die AfD bekämpfen, bevor es zu spät ist.** Eine Replik auf einen Beitrag von Sebastian Friedrich in ak 615. Von Julia Meier ..... 11

**Doppelstrategie gegen rechts.** Der Aufstieg der AfD ist ein Projekt der bürgerlichen Klassenherrschaft. Von Jörg Nowak ..... 14

**Die gesellschaftlichen Verhältnisse ins Wanken bringen.** Der Nationalismus und der Rassismus der AfD lassen sich erst durch gendertheoretisch unterfütterte Kritik umfassend begreifen. Von der Gruppe antifa nt ..... 17

**Keine falschen Kompromisse.** Im Kampf gegen die AfD mangelt es an den richtigen politischen Konzepten. Von Maïke Zimmermann .... 20

**Rechte Show und linke Kopfschmerzen.** Warum die ak-Debatte zur AfD mich bislang eher ratlos macht. Von Peter Birke ..... 22

**Weniger Kulturkampf, mehr Klassenkampf.** Gegen die AfD braucht es eine Intervention in die progressive Mitte. Von Hannah Eberle und Emily Rose ..... 24

**Die Ebene der moralischen Empörung verlassen.** Die völkisch-nationalistischen Inhalte der AfD sind in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen, aber auf unterschiedliche Weise erfolgreich. Von David Begrich ..... 26

**Das Ende als Anfang.** Im Kampf gegen die AfD sollte die Bewegungslinke den Schulterchluss mit der Linkspartei suchen. Von David Bebnowski ..... 29

# editorial

**N**iemand kann behaupten, die Linke hätte keine Zeit gehabt, sich vorzubereiten. Dass es einer rechten Partei irgendwann gelingen würde, sich in der deutschen Parteienlandschaft zu etablieren, war angesichts weit verbreiteter rechter Einstellungen in Teilen der Bevölkerung zu erwarten. Nun ist sie da: die Partei »rechts der Union«. Zwar scheiterte die Alternative für Deutschland (AfD) kurz nach ihrer Gründung bei der Bundestagswahl im September 2013 an der Fünf-Prozent-Hürde, doch bei allen nachfolgenden Wahlen war sie erfolgreich. Sie sitzt im Europaparlament und mittlerweile in zehn Landtagen. Sie ist auch deshalb so erfolgreich, weil sie ihre reaktionären Inhalte in eine moderne Hülle packt. Dazu gehört auch, sich von Neonazis abzugrenzen und sich als bürgerlich zu präsentieren. Und dazu gehört, dass sie Ressentiments gegenüber »den Medien« ausnutzt und mobilisiert und ihre Parolen und Falschbehauptungen über Facebook und Co. direkt ans faktenresistente Publikum liefert. Entsprechend funktionieren erprobte Antifastrategien – diskreditieren, blockieren und ausgrenzen – nicht mehr. Was also tun gegen das rechte Projekt? Diese Frage diskutierten wir im Jahr 2016 intensiv in ak.

Sebastian Friedrich eröffnet die Debatte und zeigt sich skeptisch gegenüber den Erfolgsaussichten breiter Bündnisse wie Aufstehen gegen Rassismus. Linke sollten beim Kampf gegen die rechte Formierung sowohl gegen die autoritär-protektionistische Variante des Neoliberalismus als auch gegen einen weltoffenen, globalisierten Neoliberalismus kämpfen. Anna Berg und Tanya Zorn von der Inter-

ventionistischen Linken (IL) plädieren hingegen für eine feministische Ausrichtung antifaschistischer Kämpfe: Sowohl autonome als auch breite bürgerliche Bündnisse schätzten die Rolle des Antifeminismus gering.

Julia Meier vom Netzwerk Marx21 widerspricht insbesondere dem Beitrag von Sebastian Friedrich. Man müsse den harten Kern des faschistischen Flügels der AfD von der diffusen Anhängerschaft isolieren. Damit das gelingt, sind breite Bündnisse notwendig. In der Bündnisfrage nimmt Jörg Nowak eine Zwischenposition ein und schlägt eine Doppelstrategie vor: ein breites Bündnis gegen Rassismus und ein explizit linkes, das sich gegen Ungleichheit, Sozialabbau und Ausbeutung richtet.

Die Gruppe antifa nt aus München hingegen nimmt den von Berg und Zorn gelegten Faden auf und verweist auf den Zusammenhang von Kapitalismus, Rassismus und Sexismus. Um Rechte zurückzudrängen und gleichzeitig als radikale Linke zu punkten, setzen sie auf Selbstorganisation. Maïke Zimmermann widerspricht der in der Debatte von einigen geäußerten Einschätzung, bei der AfD handele es sich zumindest teilweise um eine faschistische Partei. Außerdem plädiert sie dafür, sich nicht nur an den Rassist\_innen abzuarbeiten, sondern die Kraft für die Verbreitung eigener Inhalte zu nutzen. In eine ähnliche Kerbe schlägt Peter Birke. Das Ziel, die AfD zu spalten, sei vorläufig nicht mehr zu erreichen. Stattdessen gehe es darum, eine andere Öffentlichkeit im Alltag zu verankern – in den Konflikten um Wohnraum und Arbeitsverhältnisse.

Mit Blick auf den Erfolg der AfD in Ostdeutschland schlägt David Begrich vor, einen Schwerpunkt der Arbeit darauf zu legen, die Reich-

weite rechter Politikangebote zu begrenzen. In der konkreten Arbeit vor Ort würde sich zeigen, wie und mit wem Bündnisse geschlossen werden sollten. Um das zu erkennen, brauche es Pragmatismus, »der das Visier der eigenen Identitätsfragen aufsprengt«. Hannah Eberle und Emily Rose von der IL Berlin sehen in einem Verunsicherung erzeugenden Neoliberalismus den Nährboden für den Erfolg der AfD. Entsprechend müssten Angebote gemacht werden, den sozialen Frieden nach links zu politisieren.

Die Debatte beschließt David Bebnowski. Er schlägt einen Schulterschluss zwischen der Bewegungslinken und der Linkspartei vor. Es sei das vielversprechendste Mittel, DIE LINKE als politische Kraft aufzubauen, »die sich mit eigenen überzeugenden Angeboten in den politischen In-Fight mit der AfD wagt«.

Die Vorschläge der zehn Beiträge gehen weit auseinander. Das kommt zwar am deutlichsten bei der Bündnisfrage zum Ausdruck. Doch bereits die Analysen widersprechen sich: Manche sehen in der aktuellen Entwicklung eine dramatische Rechtsverschiebung, andere gehen von einer Polarisierung der Gesellschaft aus. Der größte Dissens besteht in der Frage nach den Ursachen für den Aufstieg der Rechten. Ist es der neoliberale Kapitalismus, der die AfD stärkt, oder ist es die rassistische und/oder antifeministische Grund-

stimmung in der Gesellschaft? Darauf aufbauend: Sollten Linke bei der Suche nach Strategien gegen die AfD verstärkt auf eine Analyse der Klassenverhältnisse und ein Engagement in sozialen und betrieblichen Kämpfen setzen oder dezidiert Antirassismus und/oder Feminismus fokussieren? Eine weitere Streitfrage: Kann der Aufstieg der Rechten kurzfristig noch gestoppt werden – oder sollen sich Linke mit der Niederlage abfinden und sich auf langfristige Perspektiven konzentrieren? Hinzu kommen sehr grundsätzliche Fragen: Wie sollte sich die Bewegungslinke zum Parlamentarismus verhalten, zur Linkspartei im Allgemeinen, zu rot-rot-grünen Gedankenspielen im Speziellen? Hat eine akademische Linke den Zugang zu anderen Milieus verloren – wenn ja, warum?

Dass es zum jetzigen Zeitpunkt keine einheitliche Strategie gegen die Rechten gibt, dürfte weniger auf mangelnde Vorbereitung zurückzuführen sein. Vielmehr sind die verschiedenen Ansätze Ausdruck einer gesellschaftlichen Linken, in der es sehr unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wie diese Gesellschaft zu fassen ist, wo es hingehen soll – und wie entsprechende Pfade beschritten werden können.

Vielleicht hilft es, den Kampf gegen rechte Barbarei als einen Kampf um linke Hoffnungen zu begreifen. Eines ist sicher: Die Suchbewegungen gehen weiter. ●

**Redaktion ak – analyse & kritik**

## Impressum

Herausgeber Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Druck und Verlag ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg.

Redaktion Jan Ole Arps, Sebastian Friedrich, Claudia Krieg, Jens Renner,

Hannah Schultes, Maike Zimmermann.

Vi.S.d.P. S. Friedrich, Verlagsanschrift. Redaktion, Verlag (0 40) 40 17 01 74, Fax (0 40) 40 17 01 75,

redaktion@akweb.de. Einzelbestellungen, ak-Abonnement, Vertrieb (0 40) 40 17 01 73,

vertrieb@akweb.de. Gestaltung Renate Möller / Auflage 5.000.

Nachdruck von Artikeln Nach Absprache mit der Redaktion und mit folgendem Hinweis:

Nachdruck aus »Was tun gegen die AfD?«, Sonderbeilage zu ak – analyse & kritik, Winter 2016/17.

Eigentumsvorbehalt Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Mehr Infos unter:  
[www.akweb.de](http://www.akweb.de)

# Falsche Alternativen

Warum breite Bündnisse gegen die AfD keine Perspektive für Linke sind

Von Sebastian Friedrich

**N**ach den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg, vom 13. März 2016 ist klar: Die AfD wird so schnell nicht mehr verschwinden. Angesichts dieser düsteren Ausgangslage rufen immer mehr Linke – je nach politischer Tradition – nach Einheitsfront oder breiten Bündnissen. Ein Beispiel für ein breites Bündnis ist die Kampagne Aufstehen gegen Rassismus, die kurz nach den Wahlen an die Öffentlichkeit gegangen ist. Der Aufruf richtet sich gegen PEGIDA, die AfD, Rassismus, menschenverachtende Stimmungsmache, Pogrome – und spricht sich für eine »offene und gerechte Gesellschaft« aus. Für Flüchtlinge, gegen Rassist\_innen, lautet die Devise. Erstunterzeichnet haben den Aufruf unter anderem DIE LINKE samt Studierenden- und Jugendverband sowie der Bundesvorstand der Jusos, zwei Landesverbände der Grünen, Familienministerin Manuela Schwesig von der SPD – sowie die Interventionistische Linke (IL) und die ...ums Ganzel-Gruppe TOP Berlin.

Es wäre falsch, die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien grundsätzlich abzulehnen. Wie breit oder eng Bündnisse sein sollten, hängt von der konkreten Situation, dem gemeinsamen Ziel und vor allem von den Machtkonstellationen ab. Um es vorweg zu nehmen: Angesichts des gesellschaftlichen Hintergrunds, vor dem sich der Aufstieg der Rechten abspielt, droht die Linke in breiten Bündnissen gegenwärtig vom Machtblock absorbiert zu werden.

## Mehr als ein rechter Kulturkampf

Das, was momentan in der Debatte um Geflüchtete zum Vorschein kommt, ist Resultat eines Formierungsprozesses der vergangenen Jahrzehnte. Betrachtet man die weiteren Elemente des rechten Projekts, wird deutlich: Die AfD steht im Zentrum und ist zugleich Ausdruck einer immer enger zusammenwachsenden Front. Sie reicht von Denkfabriken wie dem Institut für Staatspolitik (IfS), der Hayek-Gesellschaft, rechten Publikationsorganen wie Junge Freiheit und dem Compact Magazin über vermeintlich unabhängige Stichwortgeber\_innen wie Thilo Sarrazin, Peter Sloterdijk

und Eva Hermann bis zu einer rechten sozialen Bewegung auf der Straße. Die Rechten waren vorher schon da, die Debatten um Geflüchtete konnten sie nutzen, weil sich das Thema bestens um ihren zentralen ideologischen Hebel gruppieren lässt: den Kampf der Kulturen. Vom Standpunkt rechter Kulturkämpfer\_innen aus gesehen gibt es auf gesellschaftspolitischer Ebene einigen Anlass zur Sorge. Sie wollen tendenziell in einer Gesellschaft wie in den 1950er Jahren leben, als der Schwulenparagraf noch galt, Frauen in der Ehe noch straffrei vergewaltigt wurden und Migrant\_innen per se als Gäste galten. Dass die Merkel-CDU stärker auf das urbane, modernisierte, biomarktaffine, perfekt englischsprechende Bürgertum schielt, hat das wertkonservative Milieu weiter radikalisiert.

Doch ausschließlich mit den gesellschaftspolitischen Veränderungen wäre das Phänomen der rechten Formierung unzureichend erklärt. Wie jedes Hegemonieprojekt braucht auch das rechte eine Klassenbasis, auf dem es sich gründet. Die AfD unterscheidet sich da kaum von den meisten anderen rechten Projekten, die in den vergangenen Jahren in Europa entstan-

den sind: Die führenden Gruppen speisen sich aus reaktionären Teilen der Mittelschicht, dem Kleinbürgertum, »mittelständischen« Unternehmer\_innen sowie Teilen der Arbeiterklasse.

Es geht den Kleinbürger\_innen nicht nur um einen rechten Kulturkampf, sie lösen sich zunehmend aus dem Machtblock. Der neoliberale Kapitalismus ist für das Kleinbürgertum mehr und mehr zum Problem geworden. Die Angst vor sozialem und ökonomischem Abstieg kehrte auch bei jenen ein, die gut situiert sind und in der Reihenhaussiedlung wohnen. Während der gerne romantisierte rheinische Kapitalismus dank des Aufstiegsversprechens integrierend wirkte, droht der Krisenkapitalismus allen mit Abstieg. Der optimistische Zukunftsblick wich einer rückwärtsgerwandten Vergangenheitsfixierung. Der reaktionäre Teil der »abstiegsbedrohten Mittelschicht« erhält Unterstützung durch jene Kapitalfraktionen, denen der globalisierte Kapitalismus ebenfalls bedrohlich scheint: Unternehmen, die auf lokale und regionale Absatzmärkte setzen, die Euro, EU und TTIP eher fürchten und die sogar günstigem Humankapital aus Syrien skeptisch gegenüberstehen.

### **Bündnis mit Erwerbslosen und Arbeiter\_innen**

Das rechte Projekt der Kleinbürger\_innen und des Mittelstands strebt ein Klassenbündnis mit der Arbeiterklasse an. Während die AfD zu Beginn vor allem Einkommensstarke und Selbstständige ansprechen konnte, hat sich die Wählerklientel spätestens bei den jüngsten Landtagswahlen erweitert. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Sachsen-Anhalt war die AfD mit Abstand stärkste Partei bei Arbeiter\_innen und Erwerbslosen – ein Novum für die Partei.

Viele Linke waren angesichts dieser Ergebnisse schockiert, versprachen doch die Wahlprogramme abseits der Slogans auf den Plakaten vor allem Steuererleichterungen für die Kapitaleseite. Wie alle gesellschaftliche Gruppen, sind auch bei Arbeiter\_innen und Erwerbslosen strukturkonservative bis rassisti-



Angesichts des gesellschaftlichen Hintergrunds droht die Linke in breiten Bündnissen gegenwärtig vom Machtblock absorbiert zu werden.

sche Einstellungen vorhanden. Erschwerend hinzu kommt: Der Rassismus der weißen Arbeiterklasse kann sich auf eine materielle Basis stützen. So geht etwa die Spaltung der Belegschaften nicht spurlos an den noch einigermaßen gesicherten Fraktionen vorbei.

Diejenigen Arbeiter\_innen, die noch über relativ hohe Löhne verfügen und denen die Mitbestimmung im Betrieb nicht gänzlich entzogen wurde, sehen die Bedrohung alltäglich in ihrem Umfeld – bei den Gruppen, auf die die Risiken verlagert wurden: Werkverträger\_innen, Zuliefer\_innen, Leiharbeiter\_innen. Sie schauen auf die Kolleg\_innen neben sich, die die gleiche Arbeit verrichten, aber letztlich nur die Hälfte des Lohns verdienen. Sie hören allerorts von Rationalisierungen, Fusionen und Outsourcing. Auch bei Arbeiter\_innen gilt: Nicht mehr die Verbesserung der Situation ist die Perspektive, sondern der drohende Verlust. Die institutionalisierte Angriffsposition der (Industrie-)Gewerkschaften wich entsprechend der Verteidigung des Bestehenden.

Doch die AfD kann nicht nur bei der »Arbeiteraristokratie« punkten, sondern auch bei Deklassierten. Auch hier gibt es eine materielle Basis: Die Unterklasse ist von den sozialen Verwerfungen der vergangenen Jahre am stärksten betroffen. Der Ausbau des Niedriglohnssektors, Liberalisierungen für Leiharbeitsfirmen und europäische Regelungen verstärkten den Druck, auch die Konkurrenz zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen wird sich aufgrund der sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen verschärfen – von der Konkurrenzsituation auf dem Wohnungsmarkt mal ganz abgesehen. Sicher wird der erhöhte Druck die unteren Fraktio-

nen der Arbeiterklasse als erste treffen.

Hier zeigt sich, dass sich der Erfolg der AfD nicht nur über eine Spaltung der bürgerlichen Rechten erklären lässt. Dass sich das rechte Projekt auch auf Teile der Arbeiterklasse stützen kann, ist auch Resultat einer Abkehr der Sozialdemokratie von sozialdemokratischer Politik, schließlich gehen Hartz IV, Ausbau des Niedriglohnssektors und Steuererleichterungen für die Kapitaleseite auf das rotgrüne Konto.

Das ist auch dem rechten Flügel der AfD nicht entgangen. Bei den Wahlkämpfen war zu beobachten, dass in den Arbeitersiedlungen vor allem Plakate hingen, die soziale Themen ins Zentrum stellten, in bürgerlichen Gegenden ging es viel stärker um Innere Sicherheit, Familie und Geflüchtete. Alexander Gauland, der heimliche Parteivorsitzende, spricht sich seit Monaten für den Beibehalt des Mindestlohns aus. Er und seine Gefolgsleute Björn Höcke und André Poggenborg werden nicht müde zu betonen, dass es ihnen um die kleinen Leute geht. Mit dem Klassenbündnis aus Kleinbürgertum und weißer Arbeiterklasse hat die AfD mehr denn je das Zeug dazu, ein deutscher Front National (FN) zu werden. Dessen Erfolg bei vergangenen Wahlen gründet sich vor allem darauf, dass es gelang, neben seiner Kernklientel – gutverdienendes konservatives Bürgertum im Süden – die (weißen) Frustrierten im deindustrialisierten Norden Frankreichs anzusprechen. Der FN geriert sich als letzter Verteidiger des Sozialstaats, doch – wie auch bei der AfD – ergreifen Marine Le Pen und Co. im Zweifel Partei für die auf regionale und lokale Absatzmärkte setzenden Kapitalfraktionen. Deswegen ist es falsch, wie marx21, ein Netzwerk innerhalb der Linkspartei, die AfD als ein »national-soziales Projekt« heraufzubeschwören. Man sollte nicht den Fehler machen, die Rhetorik der Parteirechten mit der tatsächlichen Programmatik zu verwechseln. Die AfD steht im Kern für eine autoritär-protektionistische Variante des Neoliberalismus, die Teile der Arbeiterklasse einbindet und Deklassierten ein paar Brotkrümel zugesteht.

### **Kein Anlass zu Einheitsfront und breiten Bündnissen**

Das rechte Projekt – mit der AfD im Zentrum – hat sich herausgelöst aus dem herrschenden Machtblock, dessen verbliebener Teil diejenigen Parteien sind, mit denen einige Linke jetzt gerne zusammenarbeiten wollen. SPD und Grüne sind Teil des Machtblocks, der gesellschaftspolitisch einigermaßen fortschrittlich ist, sozioökonomisch aber auf Konkurrenz setzt, den Interessen des exportorientierten Kapitals Vorrang einräumt, die »Standortbedingungen« auf Kosten der Angestellten verbessert und zugleich schillernde Diversity-Programme auflegt. Der ideale parteienförmige Ausdruck des »weltoffenen« Neoliberalismus war die rotgrüne Bundesregierung 1998 bis 2005. Sie kombinierte ein auf kultureller Ebene einigermaßen linkes Programm mit einem wirtschafts- und sozialpolitisch stramm rechten Kurs: Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und die Einführung der Lebenspartnerschaft wurden kombiniert mit einem im Sinne der Kapitalinteressen radikalen Umbau des Sozialstaats. Auch die Rotgrün folgenden Regierungen haben im Kern diesen Kurs fortgeführt.

Mit Aufstehen gegen Rassismus suchen nun Linke ein Bündnis mit den (vermeintlich) linken Teilen der etablierten Parteien. Eine solche Strategie wäre in zwei Fällen gerechtfertigt: wenn eine Machtübernahme des rechten Projekts quasi vor der Tür stünde oder wenn man eine Aussicht hätte, dank dieses Bündnisses dem Machtblock Risse zuzufügen.

Ersteres steht nicht an: Das rechte Projekt hat gerade weder Aussicht, eine Mehrheit der Gesellschaft noch führende Kapitalfraktionen und Medien einzubinden. BDI und BILD haben keinen Bock auf AfD. Die Chancen für ein rechtes Hegemonieprojekt, das auch das exportorientierte Kapital bindet, haben sich sogar verschlechtert, seitdem Hans-Olaf Henkel, Bernd Lucke und Joachim Starbatty die Partei verlassen haben.

Auch die Aussicht, »Spielräume« innerhalb des in die Krise gerate-

nen Machtblocks nutzen zu können, wie sich wohl auch einige innerhalb der IL es erhoffen, ist mehr als begrenzt. Nicht nur ist die radikale Linke zu schwach, um innerhalb des Blocks eine starke eigenständige Position einnehmen zu können. Schlimmer noch: Es fehlt an jedem strategischen Anknüpfungspunkt. Grüne und SPD sind gegen die rechte »Alternative«, weil sie eine andere Form von Kapitalismus und Nationalismus befürworten. Das rechte Projekt kämpft für eine autoritär-protektionistische Variante des Neoliberalismus gegen diejenigen, die für der einen weltoffenen, globalisierten Neoliberalismus sind. Es geht der Mehrheit bei SPD und Grünen wohl noch nicht einmal um ein tatsächlich sozialdemokratisches Gegenprojekt zum Etablierten. Aus Sigmar Gabriel und Co. werden in diesem Leben wohl keine Bernie Sanders oder Jeremy Corbyns mehr.

Eine sinnvolle linke Strategie gegen die rechte Formierung muss beiden Varianten des Neoliberalismus etwas entgegensetzen – und sich nicht mit einer Seite gemein machen. In einem Bündnis mit dem BDI, BILD, Merkel und SPD würde die ohnehin blasse linke Gegenposition unsichtbar werden: Statt Risse zuzufügen, droht die Linke als Klebstoffelement für den Machtblock zu fungieren. Das deutete sich bereits an, als um den Aufruf text für Aufstehen gegen Rassismus gerungen wurde. So wurden im Vorhinein entscheidende Stellen aus dem Aufruf gestrichen. Die Kritik an den Asylrechtsverschärfungen fehlt ebenso wie der Satz, Rassist\_innen würden Flüchtlinge als Sündenböcke für zunehmende soziale Ungleichheit und Verunsicherung nutzen. Mitverfasserinnen des Aufrufs von SPD und Linkspartei begründeten die Streichung damit, dass explizite Kritik breite Bündnisse verhindern würden. ●

---

**Sebastian Friedrich** ist *ak*-Redakteur und Erstunterzeichner des Aufrufs *Aufstehen gegen Rassismus*, den er zunehmend skeptisch sieht.

---

Zuerst erschienen in *ak* 615/  
19.4.2016

# One Solution: Feminism!

Im Kampf gegen die AfD müssen wir Antifaschismus und Feminismus gleichberechtigt zusammendenken

Von Anna Berg  
und Tanya Zorn

**K**lasse gegen Klasse oder Volksfront gegen Rechts – sowohl autonome als auch breite bürgerliche Bündnisse, Gruppen und Organisationen vergessen eines im Kampf gegen die Alternative für Deutschland (AfD): die Zentralität nicht nur von Rassismus, sondern auch von Antifeminismus und wertkonservativer Mobilisierung. Das verhindert die Einbindung eines großen Potentials von Feminist\_innen in den antifaschistischen Kampf. Schuld ist das Patriarchat – und das sind wir alle.

## »Angry white men« – eine Klasse für sich?

Einige von uns haben es schon immer gesagt: Binäre, einander ergänzende Geschlechterkonstruktionen und -identitäten sind ebenso grundlegend für das völkische Weltbild, wie Rassismus und Antisemitismus. Das ist nicht gleichbe-

deutend mit »die rechte Frau muss an den Herd«. Modernisierte Entwürfe eines völkischen Weltbilds haben durchaus Platz für politisch aktive und berufstätige Frauen oder gar für Differenzfeminismus (1) – eigentlich kein Wunder, denn das Aufrechterhalten der Differenz zwischen den Geschlechtern ist das entscheidende Moment. Damit hängt sowohl die Zentralität der heterosexuellen Kernfamilie für die gesamte Gesellschaft zusammen als auch Homo- und Transphobie oder der Fokus auf Mutterschaft. Daraus folgt aber auch die Ablehnung von Feminismus als einer politischen Bewegung, die Unruhe in die Differenz bringt: Feminismus benennt Privilegien, die sich aus der Differenz ergeben, er propagiert alternative Familien-, Reproduktions- und Lebenskonzepte. Antifeminismus war schon immer ein integraler Bestandteil rechter Ideologie und Bewegung. Auch wenn es über die Frage, ob und an welchen Stellen die AfD als »völkisch« zu bezeichnen ist, noch keine abschließende Antwort gibt – die Zentralität der binären Ge-

schlechterordnung und der Kernfamilie ist da.

Die Antifa – und in weiten Teilen auch die Rechtsextremismusforschung – hat nie verstanden, wie wichtig Geschlechterideologien für die extreme Rechte sind. Einzelne feministische Forscher\_innen und Antifagruppen haben sich an der Frage abgearbeitet, haben rechte Frauengruppen beobachtet, Kampagnen wie »Todesstrafe für Kinderschänder« thematisiert und kluge Analysen über die Bedeutung von real gelebten Widersprüchen für die rechte Ideologie erarbeitet (wie z.B. bei der offen lesbischen Neofaschistin Melanie Dittmer). Nichts davon ist Teil der Mainstream-Antifa-Analyse oder gar Praxis geworden. Die Weigerung einzusehen, wie wichtig Geschlechterfragen – neben Rassismus – für die rechte Ideologie und Praxis sind, geht einher mit der Unfähigkeit, feministische Praktiken ebenso wie Antirassismus in den politischen Alltag zu integrieren.

In Bezug auf die AfD fällt uns dieses Problem noch einmal verschärft auf die Füße. Mit der Spal-

tung der Partei und deren Aufschwung im Summer of Migration und der folgenden Gegenmobilisierung durch die Festung Europa wurden Rassismus und Abschottung zum zweiten wesentlichen Moment der AfD. Doch die Wichtigkeit von Geschlechterfragen hatte sie schon lange vorher erkannt. Der Kampf gegen »Genderismus« und »Frühsexualisierung«, die personellen und inhaltlichen Überschneidungen zur christlichen Rechten, zu sogenannten Lebensschützer\_innen, »besorgten Eltern« und zur reaktionären Väterrechtsbewegung waren etabliert, bevor die AfD als Partei etabliert war.

Jetzt, da es erste Zahlen und Analysen zu Mitgliedern und Wähler\_innen der AfD gibt, wird dieser Eindruck aus den Wahlprogrammen und Kampagnen soziologisch unterfüttert: Es sind die »angry white men«, die die AfD wählen. Und die sind eben keine eigene Klasse, sondern erst einmal hauptsächlich Männer. (Dass mit Frauke Petry und Beatrix von Storch zwei Frauen prominent den Antifeminismus der AfD vertreten, ist einer der Widersprüche, die das System eher tragfähiger machen, als es zu Fall zu bringen.)

Diese Ergebnisse hätten im Übrigen auch schon viel früher bekannt gewesen sein können, denn die Überschneidungen von Rechtspopulismus und Antifeminismus bestehen ungefähr genauso in allen anderen europäischen Ländern, in denen rechtspopulistische Parteien schon länger erfolgreich sind.

Antifeminismus ist neben Rassismus das grundlegende ideologische Moment für die AfD und auch ein zentraler Mobilisierungserfolg, ein Thema, das noch breiter anschlussfähig ist als Rassismus, vor allem auch in anderen gesellschaftlichen Gruppen. Der Unwille, eigene Privilegien abzugeben, ist bei Männern der akademischen Mittelschichten ebenso ausgeprägt wie bei den vielbeschworenen »Abgehängten«. Sie alle sehen gemeinsam die Vorteile in einem konservativen, nahezu antimodernen Familien- und Gesellschaftsbild: Wer ansonsten nichts ist, ist im-



## Werft den zu eng gewordenen Mantel männlicher Privilegien ab.

merhin noch Mann, und wer Professor ist, dem gehen die Gleichstellungsbeauftragten ohnehin auf den Geist.

Obwohl es also gute Gründe gibt, Feminismus als eine zentrale Strategie gegen den rechten Erfolg zu etablieren, tun sich alle schwer damit. Zwar schreiben sämtliche Bündnis- und Aktionsaufrufe gegen die AfD auch immer irgendwohin, dass das im Gegensatz zu uns eine antifeministische Partei sei, mit Weltbild der 1950er Jahre und so weiter. Aber folgt daraus auch eine Verankerung feministischer Praktiken? Wäre das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« auch als »Aufstehen gegen Antifeminismus« denkbar? Und »Nationalismus ist keine Alternative«, könnten die nicht auch »Heterosexismus ist keine Alternative« heißen? Bestimmt nicht.

### Stellvertreterpolitik und privilegierte Opfer

Wir sehen vor allem zwei Gründe für die linke Unfähigkeit, die Zentralität von Antifeminismus als Angriffspunkt gegen die AfD zu sehen und umzusetzen. Erstens: Die Betroffenen von Rassismus sind weitestgehend andere als die von Antifeminismus – Antirassismus ist für die Mehrheit der weißen deutschen Antifemist\*innen Stellvertreterpolitik. Von Antifeminismus sind auf die eine oder andere Art alle betroffen, die in diesem Land leben. Denn es geht beim wertkonservativen Rollback um die Beschneidung von Freiheiten für alle Geschlechter – wobei sich männliche, heterosexuelle Studis in den Großstädten ganz gut einreden können, dass sie das nie betreffen wird. Gleichzeitig werden feministische Themen in linken Strukturen und in der linksliberalen Zivilgesellschaft nach wie vor meist als lästiger Nebenwiderspruch behandelt und FrauenLesbenTransInter\*(FLTI\*)-Personen überlassen – hier ist Stell-

vertreterpolitik dann nicht mehr so interessant.

Zweitens wird Antifeminismus als weniger schlimm und gefährlich angesehen als Rassismus. Letzterer tötet, ganz klar, und funktioniert anders als Antifeminismus, dessen Gefahren weniger greifbar und weniger unmittelbar tödlich sind – zumindest in Deutschland (in anderen europäischen Ländern kann z.B. der fehlende Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen tödliche Folgen haben; Homo- und Transphobie fordern Todesopfer, genauso wie häusliche Gewalt, deren Opfer primär Frauen sind). Es geht um einen politischen Kampf gegen die Errungenschaften der feministischen Bewegung und darum zu verhindern, dass weitere Freiräume gegen den Wertkonservatismus auch der CDU/CSU und anderer erkämpft werden können – beispielsweise im Adoptionsrecht oder Sexualstrafrecht.

Wie weit der Weg ist, bis die AfD so viel parlamentarischen Einfluss gewinnt, dass sie konkret auf bestehende Gesetze bezüglich Schwangerschaftsabbrüchen, reproduktiven Rechten oder Heteronormativität einwirken kann, bleibt fraglich. Aktuell liegt die Gefahr primär in Diskursverschiebungen (die auch die CDU/CSU weiter nach rechts rücken lassen), in der Nicht-Akzeptanz von erkämpften Freiheiten und Freiräumen, in verschärften Kämpfen um Ressourcen an Universitäten – und nicht zuletzt in der Schaffung eines Angstklimas für Feminist\_innen in der virtuellen Welt.

Die prominentesten der Betroffenen von Antifeminismus sind damit »privilegierte Opfer«: Öffentlich auftretende Akademiker\_innen und Medienschaffende, die andere Möglichkeiten haben als Geflüchtete, ihre Rechte und Anliegen zu vertreten und sich Schutz und Unterstützung zu organisieren. Aber: Verdienen sie deshalb weniger Solidarität? Und inwieweit ist eigentlich antifaschistische Praxis konkrete Solidarität mit den Opfern von Rassismus?

Doch was fordern wir ein? Erstens: Antifaschismus und Feminismus gleichberechtigt zusammen-

zudenken. Was könnten Praktiken sein, die beides verbinden – und sich nicht darin erschöpfen, bei der nächsten Demo oder Blockade die paar FLTI\*-Personen in die ersten Reihen zu stellen? Wie können unsere Organisationen, Entscheidungsabläufe, Machtstrukturen so gestaltet werden, dass Feminismus nicht nur als strategisches »Wir sind so anders als die Nazis«-Display genutzt wird und nicht die ganze Arbeit dafür bei den FLTI\*-Personen liegen bleibt? Die Antworten darauf werden seit Jahrzehnten diskutiert, nicht aber umgesetzt. Es muss Orte geben, an denen feministische Themen nicht erst mühsam durchgekämpft und mit Bedeutung versehen werden müssen.

Zweitens: Es braucht eine profeministische, solidarische, progressive Männerbewegung. Einer der zentralen argumentativen Erfolge der Antifeminist\_innen bei der und um die AfD ist es, dass der Feminismus nicht zu echter Gleichberechtigung geführt, sondern den Kampf zwischen den Geschlechtern aufgeheizt habe, nunmehr Männer und Jungen benachteilige und insgesamt zu weit gegangen sei. Dagegen müssen sich Männer mit den Zielen der feministischen Bewegung solidarisch zeigen und deren Versprechen mit einlösen helfen, ALLE Geschlechter zu befreien.

Gegen die Kampagne der Jungen AfD »Ich brauche keinen Feminismus, weil ...« muss es eine Antwort linker Männer geben, warum sie Feminismus wollen und brauchen. Denn das Patriarchat gibt ihnen zwar Privilegien, aber um einen hohen Preis. Non-angry men of all colours, die ihr eure Privilegien abwerft wie einen zu eng gewordenen Mantel und mit uns zusammen für Geschlechtergerechtigkeit kämpft, wo seid ihr? Noch am Überlegen, warum Schwangerschaftsabbruch auch ein Thema für euch sein könnte? Oder doch ganz froh, beim gender pay gap auf der richtigen Seite zu stehen?

Drittens: Die Zentralität des Themas Antifeminismus zeigt sich derzeit nicht nur, wenn wir uns die AfD anschauen, sondern auch bei

unseren eigenen Veranstaltungen. Es gibt ein riesiges Potenzial an Menschen, die sich als feministisch verstehen und die um dieses Thema herum angesprochen werden können. Wenn wir feministische Themen in den Mittelpunkt unserer Mobilisierungen rücken, können wir weit über das übliche Antifaspektrum hinaus Menschen gegen die AfD aktivieren bzw. bestehende Kämpfe zusammenbringen. Die Aktionen gegen den 1.000-Kreuze-Marsch in Berlin im letzten September waren ein hervorragendes Beispiel. Hier gab es thematisch und praktisch den queerintegrativen Charakter, der der Antifa seit Jahrzehnten fehlt. Ebenso wie die antirassistische und feministische Demo im März dieses Jahres in Köln, wo gemeinsam der rassistischen Argumentation der Rechtspopulist\_innen und Antifeminist\_innen entgegen gesetzt werden konnte. Genau davon braucht es mehr – von der praktischen und theoretischen Verknüpfung antirassistischer und feministischer Kämpfe.

Viertens: radikale und öffentlich gemachte Solidarität mit den Betroffenen von Antifeminismus. Das sollte eigentlich einfach sein: An den Unis, in den sozialen Medien, im öffentlichen Raum sind Menschen von antifeministischen Angriffen betroffen. Lasst uns diese Angriffe nicht schweigend hinnehmen, und lasst uns keine Hierarchie aufmachen zwischen den Opfern rassistischer Gewalt und denen von Antifeminismus. Die AfD kann zwei Gedanken gleichzeitig im Kopf behalten und strategisch verfolgen – das sollten wir auch schaffen. ●

---

**Anna Berg und Tanya Zorn sind in der Antifa-AG der Interventionistischen Linken Berlin (IL) organisiert.**

---

Zuerst erschienen in ak 616/  
24.5.2016

**Anmerkung:**

1) Differenzfeminismus nimmt die biologische und soziale Verschiedenheit der Geschlechter an, ohne sie kritisch zu hinterfragen, fordert jedoch eine Aufwertung des weiblichen Geschlechts bzw. der weiblichen Kultur.

# Die AfD bekämpfen, bevor es zu spät ist

Eine Replik auf einen Beitrag von Sebastian Friedrich in ak 615

Von Julia Meier

**A**ls im vergangenen Sommer viele Menschen streikten und ankommende Flüchtlinge unterstützten, bestand die Hoffnung, die AfD würde so schnell wieder verschwinden, wie sie gekommen war. Bekanntlich kam es anders. Insofern ist es zu begrüßen, dass auch in ak über linke Strategien gegen die neue rechte Partei diskutiert wird. Den Anfang machte Sebastian Friedrich in ak 613. Er warnte vor zu breiten Bündnissen gegen die AfD. Linke drohten darin vom neoliberalen Machtblock absorbiert zu werden.

Die Entwicklung der AfD ist nicht zu verstehen, ohne die rechten Straßenmobilisierungen der vergangenen Jahre sowie die Brüche und Widersprüche im Umgang der Regierung Merkel mit der Entwicklung, die sie »Flüchtlingskrise« nannte, zu berücksichtigen. Eine ernsthafte Einheitsfront ist notwendig, um den neofaschistischen Flügel der AfD zu isolieren, bevor er zu stark wird.

Die AfD aufgrund ihres Programms als besonders reaktionäre, neoliberale Partei einzuordnen, wie es Friedrich tut, greift zu kurz. Es gibt keinen eigentlichen Kern der AfD, sondern divergierende Gruppierungen. Die Differenzen, die zur Abspaltung der Partei von ihrem Gründer Bernd Lucke geführt haben, sind im-

mer noch da. »Der Flügel« um den thüringischen AfD-Chef Björn Höcke und den sachsen-anhaltischen Vorsitzenden André Poggenburg sucht die Nähe zu PEGIDA und will die Partei weiter nach rechts drängen. Die verbliebenen Neoliberalen um den Bundesvize Jörg Meuthen lehnen Höckes Vision einer »national-sozialen Kraft« ab. Mit der Europaabgeordneten Beatrix von Storch teilt der »Flügel« zwar die streng reaktionäre Gesellschaftspolitik, wirtschaftspolitisch steht von Storch aber auf der Seite Meuthens.

**Keine faschistische Partei – aber eine faschistische Gefahr**

Diese Widersprüche spiegeln sich in der Wählerschaft wider. Einerseits

finden sich dort viele klassische rechte Wähler\_innen, von der CDU enttäuschte neoliberale Konservative und chauvinistische Teile des Kleinbürgertums. Bei den Landtagswahlen vom Frühjahr konnte die AfD auch in ehemaligen SPD-Hochburgen gewinnen. Es gelang der AfD also, bei einer Wählerschaft zu punkten, die sich eine wie auch immer geartete Form von sozialem Ausgleich wünscht, aber eben auch durch Rassismus ansprechbar ist.

Die divergierenden Gruppierungen werden zusammengehalten vom gemeinsamen Erfolg, dem Selbstbewusstsein einer Protestpartei und durch Rassismus gegen Flüchtlinge und Muslime. Die dauerhaften rechten Straßenmobilisierungen um PEGIDA und Hogesa stärken derweil dem rechten Flügel um Höcke, Poggenburg und den ehemaligen hessischen CDUler und heutigen brandenburgischen AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland den Rücken.

Die AfD ist keine faschistische Partei, doch der Flügel um Höcke, Gauland und Poggenburg kann durchaus als neofaschistisch bezeichnet werden. Für diese Einschätzung ist nicht das Programm der AfD entscheidend, sondern ihre Strategie.

Denn das Programm ist ein wildes Sammelsurium von wirtschaftlich neoliberalen, gesellschaftlich antiliberalen, ultrakonservativen und völkisch-rassistischen Forderungen. Die Strategie des rechten Flügels zielt auf den Kampf um die Straße – mit militantem Anti-Establishment-Gestus und völkischer Orientierung. Alexander Gauland zeigt Verständnis dafür, dass Nazis eine Maikundgebung des DGB in Zwickau sprengten, und erklärte nach den Landtagswahlen im Frühjahr, dass sich die AfD nicht an einer Regierung beteiligen würde, da sie radikal »gegen das System« sei. Höcke, Poggenburg und Gauland werben zudem schon länger für eine Zusammenarbeit der AfD mit PEGIDA. Der Magdeburger Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider sprach auf einer PEGIDA-Demonstration in Dresden. Höcke lud auf einer seiner AfD-Demonstrationen in Erfurt Sigfried Däbritz als



Die AfD als besonders reaktionäre neoliberale Partei einzuordnen, greift zu kurz.

Redner ein, einen der Wortführer von PEGIDA. Neuerdings nutzt Höcke die Demonstrationen, um gegen den Bau einer Moschee zu agitieren. Der Freiburger AfD-Politiker und Burschenschafter Dubravko Mandic, einer der vehementesten Anhänger Höckes, bringt das Selbstverständnis des rechten Flügels auf den Punkt: »Von der NPD unterschieden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützerumfeld, nicht so sehr durch Inhalte.«

Bundeskanzlerin Merkel hatte sich im Sommer 2015 auf eine begrenzte Öffnung der Grenzen eingelassen und die Chance gesehen, billige Arbeitskräfte ins Land zu holen. Kurz darauf begann eine systematische Kampagne aus Teilen der Regierung selbst – vorangetrieben vom CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer, aber auch und insbesondere von Finanzminister Wolfgang Schäuble und Innenminister Thomas de Maizière. Im Oktober 2015 schlug de Maizière vor, Flüchtlinge in zentralen Lagern an der Grenze zu internieren. Die Regierung diskutierte, den Mindestlohn auszusetzen. Im November und Dezember bestimmten Berichte über »kriminelle Ausländer« und »Wirtschaftsflüchtlinge« die Schlagzeilen, und nach den Anschlägen vom 13. November 2015 in Paris dominierte eine auf Vermutungen und rassistische Vorurteile gestützte Berichterstattung – wieder befeuert durch Schäuble und de Maizière.

Merkel bekam also parteiintern Druck von rechts. Ebenso uneinig sind sich die Herrschenden über alle großen Themen der vergangenen Jahre. Ein einheitlicher neoliberaler politischer Machtblock existiert nicht.

Auch der Bruch zwischen Transatlantiker\_innen und denjenigen, die eine verstärkte Zusammenarbeit mit der russischen herrschenden

Klasse suchen, geht quer durch die Parteien. Sowohl in der SPD als auch in den Unionsparteien sind beide Ansichten gut vertreten. Im Umgang mit der Eurokrise setzte sich zwar die Fraktion um Finanzminister Schäuble durch, und das »Problem Griechenland« wurde mit einem autoritär-chauvinistischen Auftritt des deutschen Imperialismus auf dem Parkett der EU-Finanzpolitik »gelöst«, im Hintergrund jedoch liefen auch innerhalb der Koalition die Debatten um längerfristige Perspektiven.

Uns steht die herrschende Klasse bei der sozialen Frage als Block mit gemeinsamen Interessen gegenüber. Trotzdem ist es notwendig, sich ihrer inneren Widersprüche bewusst zu sein. Einerseits können sie Ansatzpunkt für erfolgreiche Kämpfe von links sein, andererseits verschärft die Dynamik einer in sich uneinigen herrschenden Klasse die Gefahr, dass ein Teil dieser herrschenden Klasse reaktionäre Krisenlösungen – und damit die AfD – unterstützt.

»BDI und BILD haben keinen Bock auf AfD«, schreibt Friedrich. Die herrschende Klasse mag momentan kein Interesse an einer Machtübernahme der AfD, oder gar der Gruppe um Höcke und Gauland, haben. Aber: Teile der herrschenden Klasse haben durchaus ein Interesse an der Verbreitung von Rassismus, um eine linke Antwort auf die Eurokrise, die wachsende soziale Ungleichheit und die Frage der Flüchtenden der Kriege in Syrien und anderswo zurückzudrängen.

### **Nicht erst kurz vor der Machtübernahme gefährlich**

Rassist\_innen sind nicht erst gefährlich, wenn sie kurz vor der Machtübernahme stehen. Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Moscheen und Synagogen, Gewalt gegen Flüchtlinge, Muslime und Juden, Linke und Andersdenkende sind für die Betroffenen eine alltägliche Bedrohung. Die gesellschaftliche Dynamik, die von AfD-Politiker\_innen in jeder Talkshow und einer sensationsheischenden Berichterstattung über angebliche Terrorist\_innen und einzelne Straftaten von Geflüchteten ausgelöst wird, bedeutet eine Nor-

malisierung von Rassismus. Rassismus gegen Flüchtlinge und antimuslimischer Rassismus drohen zu gesellschaftlich akzeptablen Ansichten zu werden.

Nach dem russischen Revolutionären Leo Trotzki basierte die Gefahr, die von der damaligen NSDAP ausging, auf ihrem Charakter als Partei einer unabhängigen Bewegung des Kleinbürgertums. Die Machtergreifung konnte zwar ohne die Unterstützung des Kapitals nicht gelingen, vorher jedoch war die Unabhängigkeit eher eine Stärke als eine Schwäche der Nazis.

Dass die AfD momentan nicht auf die Unterstützung nennenswerter Kapitalfraktionen zählen kann, darf kein Vorwand sein, sie nicht mit allen Mitteln zu bekämpfen. Zu groß ist die Gefahr, dass eine stärkere, radikalisierte AfD dem Kapital tatsächlich einmal als Option erscheint, die gesellschaftliche Linke zu bekämpfen. Solange dies nicht der Fall ist, ist es leichter, sie zu schlagen – und dem Rassismus eine gesellschaftliche Verbreitung wieder zu entziehen.

Das Ziel eines erfolgreichen Kampfes gegen die AfD muss sein, den harten Kern des faschistischen Flügels von ihrer von diffusen Ängsten und rassistischen Vorurteilen geprägten Anhängerschaft zu isolieren. Ein erstes Etappenziel wäre es, den Einzug der AfD in den Bundestag 2017 zu verhindern, um der rassistischen Dynamik einen Dämpfer zu verpassen.

Friedrich nennt als Beispiel für ein aus seiner Sicht zu breites Bündnis Aufstehen gegen Rassismus, das im März dieses Jahres an die Öffentlichkeit gegangen ist. Das Bündnis ist ein Versuch, eine Einheitsfront gegen die AfD in Stellung zu bringen. Im Gegensatz zu einem vom DGB in Baden-Württemberg im Vorfeld der Landtagswahl gegründeten Bündnis wurden CDU, FDP und Arbeitgeberverbände bewusst nicht einbezogen.

An Aufstehen gegen Rassismus beteiligen sich LINKE, SPD und Grüne, Gewerkschaften und Akteure der radikalen Linken. Insbesondere die Beteiligung der Gewerkschaften ist entscheidend, damit das Bündnis die gesellschaftliche Durchschlagskraft erreicht, die not-

wendig ist, um die AfD in die Defensive zu drängen und den faschistischen Flügel zu isolieren. Ein Bündnis ohne die SPD wird die Gewerkschaften schwerlich mitnehmen.

Selbstverständlich bedeutet ein Bündnis unter Beteiligung von SPD und Grünen nicht, diese nicht zu kritisieren oder den Neoliberalismus nicht zu bekämpfen. Die Taktik der Einheitsfront, wie sie von der KPD Anfang der 1920er Jahre entwickelt wurde, bedeutete nie, einfach nur mit Reformist\_innen zusammenzuarbeiten. Einheitsfront bedeutet auch, die gemeinsame Aktion zu nutzen, um Anhänger\_innen von SPD und Grünen davon zu überzeugen, dass linke Parteien, radikale Linke, Revolutionär\_innen, die besseren Ideen, die bessere Strategie und die effektiveren Methoden haben, das gemeinsame Ziel zu erreichen.

Das Bündnis Aufstehen gegen Rassismus kann dann geeignet sein, Brüche unter den Herrschenden zu vertiefen: wenn die Kräfte links der Sozialdemokratie darin mit dem Selbstbewusstsein arbeiten, mit klaren Analysen und mit aktivistischen und entschlossenen Aktionen andere für die eigene Perspektive gewinnen zu können.

Der Kampf gegen den Rassismus und der Kampf gegen den Neoliberalismus sind zwei Teile des Klassenkampfes, allerdings setzen die Kämpfe an unterschiedlichen Fronten und in unterschiedlichen Bündniskonstellationen an. Die Gefahr, dass es dem neofaschistischen Flügel der AfD gelingt, eine rassistische Massenbewegung aufzubauen, die zur Bedrohung für alle wird, die nicht in sein völkisches Weltbild passen, ist real. Angesichts dessen den Kampf gegen den Neoliberalismus zur Vorbedingung des gemeinsamen Kampfes gegen Rassismus zu machen, wird der Lage nicht gerecht. ●

---

*Julia Meier lebt in Freiburg, ist aktiv bei der LINKEN und Unterstützerin des Netzwerks marx21. Sie engagiert sich bei »Aufstehen gegen Rassismus«.*

---

*Zuerst erschienen in ak 617/  
21.6.2016*

# Doppelstrategie gegen rechts

Der Aufstieg der AfD ist ein Projekt der bürgerlichen Klassenherrschaft

Von Jörg Nowak

**S**ebastian Friedrich sprach sich in ak 615 gegen ein Bündnis linker Kräfte mit bürgerlichen Parteien und gegen eine Einheitsfront gegen die AfD aus. Stattdessen müsse ein linkes Bündnis gegen alle Varianten des Neoliberalismus agieren. Julia Meier diagnostizierte dagegen in ak 617 eine Faschismusgefahr und begründete damit, dass eine Einheitsfront gegen die AfD nötig sei, also ein breites Bündnis wie Aufstehen gegen Rassismus, an dem die SPD und die Grünen beteiligt sind.

Ich gehe davon aus, dass die AfD Teil einer faschistischen Bewegung ist und plädiere für beides: ein breites Bündnis gegen Rassismus – und ein Bündnis, das sich explizit gegen Ungleichheit, Sozialabbau und Ausbeutung richtet. Beide sollten aber sinnvollerweise getrennt voneinander agieren, da dies unterschiedliche Kampffronten sind.

Missverständlich ist die Verwendung des Begriffs Einheitsfront

durch beide Autor\_innen: Was die Autor\_innen so nennen, ist keine Einheitsfront, sondern eine Volksfront. Zur Unterscheidung: Die Strategie der Einheitsfront wurde 1922 zum Teil recht erfolgreich auf Initiative Stuttgarter Metallarbeiter durch die KPD angewandt. Sie bestand darin, Forderungen, die die Interessen der ganzen Arbeiterklasse betreffen, durch die KPD aufzuwerfen. Dabei wurde die SPD in die Verlegenheit gebracht, diese öffentlich mitzutragen, um dann aber bei der Durchsetzung zu zögern. Das Ziel dieser Strategie war es, die halbherzige Politik der SPD zu demaskieren, Arbeiter\_innen aus allen ideologischen Lagern zu mobilisieren und mehr Arbeiter\_innen zur KPD hinüberzuziehen, was auch für eine Weile gelang. Die von Sebastian Friedrich anvisierte Strategie ähnelt daher der Strategie der Einheitsfront: der Einheit der Arbeiterklasse gegen den Reformismus.

Die Volksfrontstrategie dagegen ähnelt der von Julia Meier vorgeschlagenen Strategie eines möglichst breiten Bündnisses gegen den Faschismus. Die KPD hatte von 1928 bis 1936

diese Strategie nicht verfolgt, sondern in einer Offensivstrategie die Sozialdemokratie mit dem Schlagwort »Sozialfaschismus« als Hauptfeind markiert. Erst 1936, als deutlich wurde, dass das Regime des deutschen Faschismus sich dauerhaft etabliert hatte, schwenkte die KPD auf die defensive Volksfrontstrategie um.

Ich halte ein getrenntes Agieren, also sowohl ein linkes Bündnis gegen Neoliberalismus als auch ein bürgerliches Bündnis gegen Rassismus für sinnvoll. Warum? Beide Strategien verfolgen unterschiedliche Ziele und sprechen unterschiedliche Akteure an. Ziel eines linken Bündnisses ist es, die Diskussionsgrundlage zu verschieben und die Fragen nach Armut und Reichtum, Arbeit und Eigentum in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei geht es darum, verschiedene Organisationen und Gruppen ohne Beteiligung von Parteien zusammenzubringen, die eine klare Position gegen Ungleichheit und Ausbeutung beziehen. Diese Position kann zur Herausbildung eines neuen Lagers führen, das dann auch in die Parteien ausstrahlt, muss aber unabhängig von

Parteien und deren Koalitionskalkül bleiben. Zu diesen Fragen gibt es klare linke Mehrheiten in der Bevölkerung, die aber im Parteiensystem nicht repräsentiert sind. Daher muss quer zu Parteien gearbeitet werden.

Ziel eines breiten Bündnisses gegen Rassismus ist es, die Spaltungen im konservativen Block zu stärken (dazu gehört die Isolation der AfD) und eine gesellschaftliche Stimmung und Organisation gegen rassistische Übergriffe zu stärken. Hierzu kann auch mit bürgerlichen Kräften und Parteien zusammengearbeitet werden und hierbei können die Willkommensinitiativen eingebunden werden. Das Ziel: die Stärkung von allgemeinen liberalen und humanistischen Werten.

Ein Blick auf die Veränderungen im Parteienspektrum verdeutlicht: Es ist strategisch wichtig, das konservative Lager in einem linken Bündnis ohne die Beteiligung von Parteien ideologisch und politisch anzugreifen. Die AfD spielt eine wichtige Rolle für die Isolation der verbliebenen linken Parteien.

### **Die AfD verhindert rot-rot-grüne Perspektiven**

Entstehung und Aufstieg der AfD speisen sich aus zwei parallel verlaufenden Prozessen: der schleichenden und schließlich akuten Krise der parteipolitischen Repräsentation der Arbeiterklasse und der Ausdifferenzierung des konservativen Lagers, zu dem inzwischen fünf Parteien gehören: die Grünen, die FDP, die CDU, die CSU und die AfD. Der Unterschied zwischen linkem und rechtem Parteienlager besteht damit darin, dass das linke Lager entscheidend geschwächt und das rechte gestärkt wird: Daher kann man beim konservativem Lager nicht von einem Zerfall sprechen, sondern eher von einer Flexibilisierung, die dessen Optionen und Handlungsmöglichkeiten vermehren. Das linke Lager wird dagegen parteipolitisch wesentlich geschwächt. Die erste Bewegung bestand seit den 1980er Jahren darin, die neue, postmaterialistische Linke durch die Grünen von dem Lager der Arbeiterklasse abzutrennen und schließlich einen großen Teil der progressiv gesinnten Wähler\_innen auf bürgerliche Klassenpositionen zu überfüh-



## **Es ist wichtig, das konservative Lager ohne die Beteiligung von Parteien ideologisch und politisch anzugreifen.**

ren. Schließlich wurde das Progressive der Grünen mit dem Konservativen fusioniert. Damit wurde eine Allianz der progressiven Bourgeoisie mit proletarischen Klassenpositionen blockiert, Schwarz-Grün als Zukunftsmodell steht daher für eine Allianz der progressiven Bourgeoisie mit den bürgerlichen Klassenpositionen.

Das spätere Entstehen der Linkspartei schien das linke Parteienlager zunächst zu stärken, da es eine rechnerische Mehrheit von Grünen-Linkspartei-SPD gab, diese wird aber mit dem Absinken der SPD und dem wahrscheinlichen Neu- bzw. Wiedereintritt von AfD und FDP bei den nächsten Bundestagswahlen dahin sein. Es gelang der AfD, einen Teil der wertkonservativen Arbeiter\_innen, die früher SPD, CDU/CSU oder Linkspartei wählten, ins bürgerlich-konservative Lager einzubinden. Damit sind rechnerisch rot-rot-grüne Ambitionen vorerst verbaut. Unter den vielen Funktionen, die die AfD hat, ist diese eine entscheidende.

### **Das Parteiensystem ordnet sich neu**

Das Erstarken faschistischer Bewegungen und Parteien, zu denen die AfD auch zu zählen ist, hat sich im Zuge der Flüchtlingskrise über ganz Europa hinweg vollzogen. Auch wenn in einzelnen Ländern faschistische Parteien bereits vor 2015 enorme Erfolge erzielten, ist in zahlreichen Ländern Europas die Zustimmung der Wähler\_innen zu diesen Parteien ab Sommer 2015 sprunghaft angestiegen, wie sich an Umfrageergebnissen ablesen lässt. Auch die Krise etablierter Volksparteien ist ein gesamteuropäisches Phänomen, das die Sozialdemokratie stärker betrifft als die konservativen Parteien.

Nun ist aber die Frage, ob der Aufstieg faschistischer Parteien Resultat einer Legitimationskrise der bestehenden Parteien bzw. der bisherigen Eliten ist, oder ob umge-

kehrt der Aufstieg dieser Parteien Resultat der Umorientierung eines Teils der Eliten ist. Schließlich nützt der Aufstieg der AfD der parteipolitischen Rechten insgesamt: Er ebnet den Weg für Schwarz-Grün auf Bundesebene unter der Voraussetzung, dass die Grünen und die Unionsparteien noch etwas an Unterstützung hinzugewinnen und ihre jeweiligen dem Projekt entgegenarbeitenden Parteiflügel disziplinieren können. Damit wäre auf lange Sicht eine Mehrheit von reformistisch-neoliberalen Parteien der Arbeiterklasse blockiert. Insofern signalisiert die neue Konstellation in Deutschland keine organische Krise des Parteiensystems, wie sie im Ausgang von Weimar kulminierte, sondern eine Neuordnung des Parteiensystems. Diese fragmentiert zwar den bürgerlich-konservativen Pol, verbreitert ihn aber zugleich und ermöglicht ihm, Bevölkerungsteile zu integrieren, die früher auf dem proletarisch-fortschrittlichen Pol verankert waren.

### **Migration und neue Zusammensetzung der Klassen**

Die sich neu abzeichnende Herrschaftskonstellation reflektiert verschärfte Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit – und den erfolgreichen Versuch, diese durch eine Einbindung von Arbeiter\_innen in das nationale Projekt der AfD wieder einzudämmen. Trotz der Streikwelle im Jahr 2015 bei Bahnverkehr, Sozial- und Erziehungsdiensten, Pilot\_innen, Lehrer\_innen und der Post kam es nicht wirklich zu einer Aufbruchstimmung: Dies lag auch daran, dass die Streiks mit Ausnahme des Bahnverkehrs in Niederlagen endeten. Und es fehlte ein Moment der nachhaltigen Politisierung, da weder die Arbeiter\_innen selbst noch die außerparlamentarische Linke und erst recht nicht die Linkspartei in der Lage waren, den Streiks ein politisches Moment zu verleihen. Der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, distanzierte sich auf dem Höhepunkt der Medienhetze gegen den Bahnstreik im November 2014 medienwirksam vom Streik, auch wenn er dies auf Druck seiner Par-

teikolleg\_innen schließlich zurücknehmen musste.

Die Krisen in Afrika, im Nahen Osten und in Westasien sorgen für die Einwanderung von Hunderttausenden, die als preiswerte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen werden. Das sorgt auch bei bereits länger in Deutschland ansässigen Migrant\_innen für Angst vor erhöhter Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Die Folgen der sozialen Dauerkrise außerhalb Europas wirken sich damit direkt auf die Bevölkerung in Deutschland aus – das Kapital produziert diese Krisen und ist zugleich dazu in der Lage, von diesen (jedenfalls kurz- und mittelfristig) zu profitieren: sei es durch den Verkauf von Hochtechnologie für Grenzsicherung an die EU durch Sicherheitskonzerne oder durch die Ausbeutung zunächst chancenloser Neuankömmlinge, die auf den europäischen Arbeitsmarkt drängen.

Mit dem Ziel, diese neue Situation zu kontrollieren, rückt ein Teil des Staatsapparates nach rechts und organisiert sich faschistisch: Die Nomenklatura der AfD hat einen sehr hohen Anteil an Staatsanwält\_innen, Lehrer\_innen und Angehörigen der Bundeswehr. Dabei ist es bezeichnend, dass der ideologische Stichwortgeber des Neofaschismus auf der Ebene der Massenideologie aus der SPD stammt und lange in einer Koalition mit der Linkspartei regierte: Thilo Sarrazin. Dieser steht markant für den Zerfall der Sozialdemokratie als demokratischer Integrationskraft, die Wertkonservatismus, Sozialstaat und liberale sowie multikulturelle Grundwerte zusammenbringen konnte. Mit dem Abschied vom Sozialstaat zerfiel das Gesamtgefüge, dessen Kontinuität die schleichende Krise der Sozialdemokratie lange überdecken konnte. Mit Sarrazins Bucherfolg im Jahr 2010 kündigte sich bereits der Übergang eines Teils der politischen Klasse und der Arbeiterklasse auf national-autoritäre Positionen an. Es geht also beim Aufstieg der AfD im Wesentlichen um eine Umgruppierung und Umorientierung innerhalb der alten Eliten, denen es gelingt, Zustimmung durch einen Teil der Arbeiterklasse zu gewinnen. Die neu-alten Eliten in der AfD entzie-

hen der SPD und der Linkspartei und ebenso der Union erfolgreich Wähler\_innen. Alle ideologischen Elemente, die die AfD bedient, hatten bereits vorher Vertreter\_innen innerhalb dieser Parteien – und viele ihrer leitenden Funktionär\_innen haben eine lange Geschichte innerhalb der Unionsparteien, der FDP oder der Grünen aufzuweisen. Für die verbliebenen Parteien auf dem linken Spektrum – SPD und Linkspartei – bedeutet diese Konstellation die Verdammung in die Opposition und die Isolierung.

Für die politische Dynamik sind bürgerliche Proteste gegen Rassismus und ein Vordringen der faschistischen Bewegung genauso wichtig wie ein linkes Bündnis gegen Ungleichheit und Ausbeutung. Sie spielen unterschiedliche Rollen. Nur mit einem bürgerlichen Bündnis kann der faschistischen Bewegung der Boden jedoch langfristig nicht entzogen werden. Es muss deutlich werden, dass es einen progressiven Pol in der Gesellschaft gibt, der sich gegen Rassismus engagiert, aber dort nicht halt macht und bessere Bedingungen für alle fordert. Je stärker es gelingt, dass Thema Armut/Reichtum und Arbeit/Kapital als vollkommen anderes Thema zu etablieren, desto erfolgloser wird die AfD sein mit ihren Kampagnen gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter, gegen bestimmte Religionen und gegen Einwanderung. Dabei geht es nicht darum, ehemalige AfD-Wähler\_innen nach links zu ziehen, wie man dies jetzt missverstehen könnte, sondern darum, die allgemeinen Koordinaten, nach denen Konflikte gedeutet wurden, zu verschieben und den Anspruch auf Protest und Dissidenz mit linken, proletarischen Positionen zurückzugewinnen. Dies wird es auch den Grünen erschweren, die Option Schwarz-Grün auf Dauer zu etablieren. Dazu gehört natürlich auch, dass sich Konflikte entlang dieser Koordinaten entwickeln und dementsprechende Kämpfe unabhängig von möglichen Parteikoalitionen geführt werden. ●

---

**Jörg Nowak** ist Politikwissenschaftler und lebt in Berlin.

---

Zuerst erschienen in ak 618/  
16.8.2016

# Die gesellschaftlichen Verhältnisse ins Wanken bringen

Der Nationalismus und der Rassismus der AfD lassen sich erst durch gendertheoretisch unterfütterte Kritik umfassend begreifen

Von der Gruppe antifa nt

**W**ährend die Debatte um Strategien gegen die AfD läuft, haben wir bereits vorgelegt: Gemeinsam mit unseren Genoss\_innen aus dem ...ums Ganzel-Bündnis haben wir Ende letzten Jahres die Kampagne Nationalismus ist keine Alternative! (Nika) initiiert. Ziel war und ist es, einen gemeinsamen Aktionsrahmen für antinationale, (post-)autonome und undogmatische radikale Linke zu schaffen. Ende Januar kamen über 400 Menschen zur Nika-Aktionskonferenz in Frankfurt am Main zusammen. Es folgten ein bundesweites Aktionswochenende gegen die AfD und eine bundesweite Mobilisierung gegen den AfD-Bundesprogrammparteitag am 30. April und 1. Mai in Stuttgart. Damit einher gingen unzählige lokale Vernetzungs- und Organisationsprozesse.

Unser gemeinsames Ziel dort: den Bundesprogrammparteitag verhindern. Gemessen an diesem ambitionierten Ziel waren die Proteste

ein Reifall. Ein massives Polizeiaufgebot, das selbst uns repressionsgeplagte bayerische Linke noch überraschen konnte, machte deutlich, wo die grün-roten Funktionselemente im Südwesten stehen und was in Zukunft von ihnen noch zu erwarten sein dürfte. Und auch wenn hier weder Ort noch Zeit ist, eine umfassende Auswertung der Proteste in Stuttgart zu leisten, möchten wir betonen: Die aktionsorientierte Zusammenarbeit von Nika und klassisch antiimperialistischen Spektren funktionierte (überraschend) gut und solidarisch, während sich weite Teile der Interventionistischen Linken (IL) oder auch der Gruppen, die sich momentan im Rahmen des Bündnisses aufstehen gegen Rassismus organisieren, zu unserem großen Bedauern wenig in die Proteste eingebracht haben.

Im Rückblick auf Stuttgart geht es uns nicht um ein beleidigtes Sollen, Hätte, Könnte. Es geht uns darum, dafür zu argumentieren, dass die politisch-strategische Entscheidung, den Parteitag zu einem Kristallisationspunkt antirassistischer und antifaschistischer Praxis zu machen, die richtige war, gerade vor dem Hintergrund des dort beschloss-

enen Parteiprogramms. Die Analyse des Programms und seiner Entstehung liefert den Rahmen für die Debatte um linke Strategien gegen die AfD – jenseits von Allgemeinplätzen und festgefahrenen Glaubenssätzen. Für uns ist klar: Der Kampf gegen die AfD, als einem der zentralen Akteure rechter Hegemoniepolitik und handfester Gewalt, ist einer, der die (radikale) Linke als ganze angeht und alle Bereiche linker Praxis umfassen muss.

Andreas Speit konstatiert in seiner Analyse des Stuttgarter Parteitags, dass sich in Abstimmungen »überwiegend die rechteren Positionen durchgesetzt haben«. (der rechte rand Mai/Juni 2016) Anders als in denjenigen Analysen, die vor allem die medialen Strategien beleuchten, wird deutlich, dass es sich bei der AfD nicht um eine populistische Ein-Punkt-Bewegung handelt. Es ist vielmehr ein Projekt mit einem konsistenten ideologischen Fundament und einen gesamtgesellschaftlichen Umgestaltungsanspruch.

Genau darin liegt die Gefahr: Besondere Aufmerksamkeit verdient die antilinke Rhetorik, wie sie der gebenden baden-württember-

gische Landesvorsitzende Jörg Meuthen auf dem Bundesparteitag bediente. Das AfD-Programm sei der Weg »in ein Deutschland weg vom links-grün-rot verseuchten 68er-Deutschland, von dem wir die Nase voll haben«. Diese Projektion einer Linken, die einen direkten Draht vom besetzten Haus ins Bundeskanzleramt zu besitzen scheint, dient zunächst dazu, eine Eigengruppe zu konstituieren. Rechte Identitäten gründen seit jeher in Gleichzeitigkeit von Ohn- und Allmacht – in der Vorstellung, einer unbezwingbaren Macht ausgeliefert zu sein und diese Macht durch Standhaftigkeit und Willenskraft heroisch zu durchbrechen.

Dieser Gestus des Radikalen und Unversöhnlichen wird getragen von einer Selbstinszenierung als historischem Ereignis. Im Rahmen einer Verfallsgeschichte repräsentativer Demokratie erscheint die AfD als Retterin in der Not durch die Wiedererweckung der gerechten und natürlichen Ordnung. Auch wenn diese Selbstzuschreibung einer historischen Mission bisweilen lächerlich wirken mag: Unabhängig von der Frage ihrer realen Bedeutung kann die AfD ihrer Anhängerschaft das subjektive Gefühl anbieten, Teil eines geschichtsträchtigen Kampfes gegen die linke Übermacht zu sein. Auffällig ist dabei auch, dass die AfD oftmals Themen in den Vordergrund stellt, bei denen progressive soziale Bewegungen – wenn auch meist in bescheidenem Umfang und nicht immer widerspruchsfrei – erfolgreich waren: Emanzipation und teilweise rechtliche Gleichstellung nicht-heteronormativer Beziehungs- und Lebensentwürfe, Emanzipation und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen, Anerkennung von Migration als Realität moderner Gesellschaften, Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen, Ausstieg aus der Atomenergie etc.

### **Das reaktionäre Bewahren des Status quo**

Während Sebastian Friedrich in der AfD ein Bündnis aus abstiegsbedrohten Mittelschichten, Kleinbürgertum und Teilen der Arbeiterschaft sieht (ak 615), stellen dem



## Die radikale Linke muss offensiv und selbstbewusst eigene durchdachte und radikale Inhalte und gesellschaftliche Alternativen liefern.

Anna Berg und Tanya Zorn eine Analyse der AfD als klassenübergreifendes Projekt des weißen deutschen Patriarchats entgegen und fordern ein stärkeres Zusammendenken von Antifaschismus und Feminismus. (ak 616) So plausibel beide Ansätze zunächst erscheinen, wirklich interessant wäre es, ihre Verknüpfung zu denken: Wie hängen Prekarität bzw. Prekarisierungsangst und Geschlecht zusammen? Spannend wird es auch, wenn das Verhältnis von Rassismus und Antifeminismus am konkreten Material geprüft wird: Fragen von Geschlecht und Begehren ziehen sich wie ein roter Faden durch die Programmatik der AfD.

Anders als die Genoss\_innen von der IL sehen wir in einer gendertheoretisch unterfütterten Kritik der AfD kein zweites Paradigma neben nationalismus- und rassismuskritischen Zugängen – im Gegenteil: Die nationalistische und rassistische Mobilmachung der AfD lässt sich erst dadurch umfassender begreifen. Normative Vorstellungen von Geschlecht und Begehren sind hier untrennbar verknüpft mit Ideen nationaler Erweckung und dem reaktionären Bewahren des Status quo. Individuen, insbesondere begehrenden und mehr noch begehrenden weiblichen Individuen begegnen wir im Programm der AfD nur als Negativfolie. Die kleinste Einheit gesellschaftlichen Zusammenhalts ist die Familie – daher auch die Stigmatisierung alleinerziehender Eltern, das heißt in der Mehrzahl alleinerziehender Frauen.

Hintergrund der familienpolitischen Position der AfD ist ein demografischer und rassistischer Ordnungswille. Dies zeigt sich etwa, wenn die AfD unter dem Stichwort einer »Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene«

Frauen das Selbstbestimmungsrecht über ihren eigenen Körper abspricht und eine Rekriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen fordert. In der zugrunde liegenden Logik bleibt kein Platz für individuelle Rechte, da Körper gar nicht individuell gedacht werden – sie sind nur Teil des größeren Ganzen, des Volkskörpers, dem sie zu dienen haben. Rassistische Politiken der Reinhaltung des bedrohten eigenen Volkskörpers fordern die Verfügungsgewalt über die gebärfähigen Körper der eigenen Gruppe.

Diese Motive sind gewiss nicht neu, es sind die grundlegenden patriarchalen Motive des völkischen Rassismus. Es ist ein Leichtes zu begreifen, welche Angebote die AfD dabei den prekarierten oder sich von Prekarisierung bedroht wählenden »angry white men« machen kann. Dem gilt es Rechnung zu tragen, auch wenn wir, anders als Berg und Zorn, nicht davon ausgehen, dass dem gesellschaftlichen Status quo privilegienkritisch beizukommen ist: Nicht durch Aufgabe eigener »Privilegien« (die oft genug gar keine Privilegien sind, sondern Mindeststandards, die anderen vorenthalten werden) verändern sich gesellschaftliche Verhältnisse zum Besseren, sondern einzig durch die kollektive Aneignung gesellschaftlicher Ressourcen und Solidarität in solchen Kämpfen um Aneignung.

In der Gleichzeitigkeit von Rassismus und patriarchalem Verfügungsanspruch zeigt sich die hegemoniale Form des Rassismus der AfD: Es ist ein völkischer Rassismus. Interessant sind auch jene Punkte, an denen neoliberale Politiken mit rassistischen und autoritaristischen Einstellungen in Konflikt geraten, etwa an der Frage des Mindestlohns. Während dieser den Neoliberalen ein Graus ist, wird er von der AfD prinzipiell befürwortet, weil in ihm ein Mittel gegen die Partizipation von Flüchtlingen am deutschen Arbeitsmarkt gesehen wird. Ähnliches zeigt sich in der Frage von Freihandelsabkommen – denn diese bedrohen die deutsche Souveränität und das Vorrecht, Herr im eigenen Haus zu sein. Wenn Rassismus und Autoritarismus durchgehend stärker

wiegen als neoliberale Logiken, dann sehen wir darin ein starkes Argument gegen die These der Zentralität eines Nützlichkeitsrassismus der AfD.

Wenn man die AfD als ein alle Gesellschaftsbereiche umfassendes rechtes Projekt betrachtet, dann hat das umfassende Konsequenzen für die politische Strategie im Kampf gegen sie. Die Antifapaxis der letzten Jahrzehnte hat sich stark gewandelt. Bereits PEGIDA erhöhte die Taktzahl rechter Mobilisierung so sehr, dass klassische Antifagegenstrategien nicht mehr zogen. Strategien der Marginalisierung, die gegen rechte Kleingruppen noch erfolgreich waren, greifen gegen aktuelle rechte Mobilisierungen kaum. Insbesondere mit der AfD haben wir es nun mit einem bundesweit handlungsfähigen, finanzstarken, parlamentarisch und medial verankerten Akteur zu tun.

### **Wie können wir als radikale Linke punkten?**

Allerdings hat die gesellschaftliche Polarisierung in Fragen von Migration und Rassismus auch dazu geführt, dass sich mehr Leute in antirassistischen und pro-migrantischen Bewegungen und Initiativen engagieren. Der »kurze Sommer der Migration« wäre nicht auf so viel Support gestoßen, wenn dies nicht auch die (subjektive) Möglichkeit für viele gewesen wäre, sich von der PEGIDA-Hetze des vorangegangenen Winters abzugrenzen. Der Horizont antifaschistischer Kämpfe erweitert sich und muss sich erweitern. Die alles entscheidende Frage darin lautet aber: Wie können wir es schaffen, rechte Bewegungen effektiv zurückzudrängen und dabei gleichzeitig als radikale Linke zu punkten?

Aus unserer Sicht ist dabei Selbstorganisation ein zentrales Element. Diesen Ansatz verfolgen wir mit der Kampagne Nationalismus ist keine Alternative!, die als offene Mitmachkampagne mit linksradikalem Anspruch konzipiert ist. Ziel dabei ist es, vielfältigen lokalen Kämpfen gegen rechte Mobilisierung und Abschottungspolitik einen gemeinsamen Aktionsrahmen zu bieten. In den letzten Mona-

ten hat sich mit Aufstehen gegen Rassismus ein Bündnis gegen die AfD gebildet, das von der Bundesfamilienministerin bis zu unseren Genoss\_innen von TOP B3RLIN breite Unterstützung erfährt.

Sebastian Friedrich hat bereits zu Beginn der Debatte in ak darauf hingewiesen, dass ein solches Bündnis für die radikale Linke zum Verlustgeschäft zu werden droht. Denn auch wenn die AfD den Soundtrack zu rassistischer Abschottungspolitik und allgemeiner Menschenfeindlichkeit liefert, den Cast bilden meist SPD, Grüne und in Nebenrollen auch die Linkspartei. In ihrer Replik betont Julia Meier, die Beteiligung von Akteuren links der Sozialdemokratie sei geeignet, »Brüche unter den Herrschenden zu vertiefen« (ak 617) – wir sind da mehr als skeptisch. Wenn Linke jenseits der Sozialdemokratie eine solche Strategie versuchen wollen – und sie auf inhaltlicher Analyse und nicht auf trotzkistischer Tradition gründen wollen –, dann sollten sie Kriterien aufstellen, anhand derer Erfolg und Misserfolg diskutierbar wird.

Für bundesweite Projekte wie Aufstehen gegen Rassismus müssen dabei grundsätzlich andere Maßstäbe gelten als für lokale antifaschistische Bündnisse. Vorschlag zur Güte: Ob im autonomen Zentrum oder auf der Bündnisdemo: Die radikale Linke muss offensiv und selbstbewusst eigene durchdachte und radikale Inhalte und gesellschaftliche Alternativen liefern. Die AfD ist nicht das Mittel, mit dem »die Herrschenden« die Linke klein halten, sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, die es zu überwinden gilt. Ein Pragmatismus, der seine Grenzen nicht kennt, taugt ebenso wenig wie pseudoradikaler Rückzug dazu, die gesellschaftlichen Verhältnisse ins Wanken zu bringen – und um nichts weiter muss es gehen. ●

---

*Die Gruppe antifa nt aus München hat seit mehr als zehn Jahren Beef mit Nazis, Staat und Kapital und ist organisiert im ...ums Ganze!-Bündnis.*

---

*Zuerst erschienen in ak 618/  
16.8.2016*

# Keine falschen Kompromisse

Im Kampf gegen die AfD mangelt es an den richtigen politischen Konzepten

Von Maike Zimmermann

**A**m Wahlabend in Mecklenburg-Vorpommern war das Entsetzen groß: Mit 20,8 Prozent wurde die AfD zur zweitstärksten Fraktion im Schweriner Landtag und lag damit fast zwei Prozentpunkte vor der CDU. Nun war das Ergebnis keine wirkliche Überraschung, es stimmte recht genau mit den vorherigen Umfragen überein. Auch ist es kein Novum: Bei den Landtagswahlen im März dieses Jahres in Sachsen-Anhalt kam sie mit 24,2 Prozent ebenfalls auf Platz zwei.

## Neonazipartei im Schafspelz?

Die AfD wurde tatsächlich in relativ kurzer Zeit im bürgerlichen Diskurs normalisiert – trotz oder vielleicht sogar wegen ihrer kontinuierlichen Tabubrüche. Vieles, was mittlerweile sagbar geworden ist, wäre noch vor Kurzem durch das Akzeptanz-

raster gefallen, Nazigewäsch, so redet nur die NPD.

Heißt das denn im Umkehrschluss, dass die AfD in Wirklichkeit eine Neonazipartei im Schafspelz ist? »Wir müssen der AfD die bürgerliche Maske runterreißen, damit die Fratze des Hasses zum Vorschein kommt«, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Spitzenkandidat der Linkspartei Helmut Holter am Wahlabend. Das kam angesichts des Wahlergebnisses nicht nur reichlich hilflos rüber, es ist auch inhaltlich fragwürdig.

»Wenn die NPD vernünftige Vorschläge macht, würden wir genauso wenig gegen sie stimmen, wie wenn das bei den Linken der Fall wäre«, sagte AfD-Chef Jörg Meuthen vor der Landtagswahl gegenüber dem Mannheimer Morgen. Auch sonst waren die Berührungspunkte in Mecklenburg-Vorpommern nicht so riesengroß. Geschadet hat es ihnen bei der Wahl ganz offensichtlich nicht. Was bringt es also, die »bürgerliche Maske« herunterzureißen, wenn die »Fratze« darunter kaum einen stört?

Sicherlich ist es richtig, Verbindungen von AfD-Politiker\_innen zur extremen Rechten, zum Beispiel zu den Identitären, aufzuzeigen. Aber zu glauben, man müsste die AfD einfach nur enttarnen, um sie ins Abseits zu drängen, ist nicht nur naiv, sondern wird schlicht nicht funktionieren. In eine ähnliche Richtung argumentiert jedoch Julia Meier in ak 617: »Das Ziel eines erfolgreichen Kampfes gegen die AfD muss es sein, den harten Kern des faschistischen Flügels von ihrer von diffusen Ängsten und rassistischen Vorurteilen geprägten Anhängerschaft zu isolieren.« Die »von diffusen Ängsten« geprägte Anhängerschaft muss also nur kapieren, dass sie Faschist\_innen auf den Leim gegangen ist – und schon hört sie auf, AfD zu wählen. Wenn es »nur« Rassist\_innen sind, sind sie ja nicht mehr so gefährlich ...

»Der Flügel« um Björn Höcke, so schreibt Meier, sei vor allem wegen seiner Strategie faschistisch. Auch für Jörg Nowak ist die AfD »Teil

einer faschistischen Bewegung«. (ak 618) Vertreter des neofaschistischen Flügels seien unter anderem Alexander Gauland, Albrecht Glaser, André Poggenburg und Julian Flak, findet auch Volkhard Mosler vom Netzwerk marx21. Die Distanz zum Nationalsozialismus sei taktischer Natur, Gauland der »Strippenzieher des braunen Netzwerks«. Mosler kommt zu dem Schluss: »Um sie schlagen zu können, müssen wir die AfD als das brandmarken, was sie ist: eine Partei, die zunehmend von Faschisten kontrolliert wird. Nur wenn es gelingt die vermeintlich biedereren Konservativen, wie Gauland und Glaser, als Strippenzieher hinter diesem Prozess zu enttarnen, kann verhindert werden, dass in Deutschland eine neue faschistische Partei entsteht, die weit ins bürgerliche Lager ausgreifen kann.«

Doch sowohl Meier als auch Nowak und Mosler erklären nicht, was genau die AfD zu einer faschistischen oder teilweise faschistischen Partei macht. Das wäre ja durchaus interessant zu diskutieren, gibt es doch zumindest einige Punkte, die nicht unbedingt darauf hinweisen, dass wir es bei der AfD mit einem Haufen Faschist\_innen zu tun haben: das Führerprinzip wird ziemlich lax gehandhabt, einen charismatischen Führer gibt es nicht, Elemente einer politischen Religion sind auch ziemlich schwer auszumachen, und führende Kapitalfraktionen vermag die AfD auch nicht in ihr Projekt einzubinden.

### **Der Empörung fehlt der Schwung**

Und so drängt sich der Eindruck auf: Die Kennzeichnung als faschistisch soll vor allem der Empörung zu mehr Schwung verhelfen – denn die bleibt offensichtlich trotz des kometenhaften Aufstiegs dieser reaktionären, rassistischen, antifeministischen, neoliberalen und nationalistischen Partei weitgehend aus. Zumindest zeigt sie sich kaum auf der Straße. Gerade mal 4.000 Menschen folgten dem Aufruf des Bündnisses Aufstehen gegen Rassismus zu einer Demonstration am 3. September 2016 in Berlin – für ein Bündnis mit dieser anvisierten gesell-



Zu glauben, man müsste die AfD einfach nur enttarnen, um sie ins Abseits zu drängen, ist nicht nur naiv, sondern wird schlicht nicht funktionieren.

schaftlichen Breite eine fast schon beschämende Zahl.

Dabei erschien die Idee eines breiten Bündnisses zunächst gar nicht verkehrt: Um zu verhindern, dass sich die AfD als Partei etablieren kann und um einer weiteren Diskursverschiebung nach rechts zu begegnen, ist es wichtig, dem frühzeitig und deutlich etwas entgegenzusetzen – und das schafft man bekanntlich besser mit vielen als mit wenigen. Aber eines ist aus linker Sicht entscheidend: Man muss es schaffen, die eigenen linken Positionen in einem solchen gesellschaftlich breiten Bündnis durchzusetzen.

Dabei kann man durchaus Kompromisse schließen – auf praktischer Ebene ist beispielsweise der Aktionskonsens bei Massenblockaden aus einem solchen Kompromiss in beide Richtungen entstanden. Der Aktionskonsens wurde vor allem mit den Aktionen gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden zum 13. Februar populär. In einer Resolution des Bündnisses Dresden Nazifrei im Anschluss an eine Aktionskonferenz im Oktober 2010 hieß es darüber hinaus: »Mit dem Bewusstsein unterschiedlicher politischer Positionen werden wir die Debatte um die Dresdener Gedenkkultur kritisch und solidarisch miteinander führen« sowie »Vielfalt ist unsere Stärke. Auch aus diesem Grund stellen wir uns klar gegen den Versuch, linken und antifaschistischen Protest mittels des Extremismusansatzes zu diffamieren«.

Das klingt erstmal nicht sonderlich bemerkenswert. Und doch ist es hier gelungen, zwei damals in Dresden sehr umstrittene Punkte in einem breiten Bündnis zu verankern: die Kritik an der »Dresdner Gedenkkultur« und an der sogenannten Extremismustheorie. Sichtlich war das Bündnis Dresden

Nazifrei nicht der Weisheit letzter Schluss. Und doch verdeutlicht dieser Exkurs in die jüngere Vergangenheit der Bewegungsgeschichte, woran es beim Bündnis Aufstehen gegen Rassismus hapert. Man trete menschenverachtender Stimmungsmache entgegen, heißt es im Aufruf sowie »Wir heißen Geflüchtete willkommen« und »Wir lassen nicht zu, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden«. Starke linke Positionen sind das nicht gerade.

Die Quittung folgte am 3. September: Selbst das Bündnis stellt fest, dass die Parteien, die Gewerkschaften, aber auch andere zivilgesellschaftliche Verbände nur verhalten mobilisiert hätten und alles andere als zahlreich bei der Demonstration erschienen sind. Die inhaltliche Zahnlosigkeit hat also nicht mal was gebracht, außer dass so noch weniger Bewegungslinke gekommen sind.

Die meisten strategischen Überlegungen gegen die AfD gehen davon aus, dass man ihnen entweder eine gesellschaftliche Masse entgegenbringen müsste – sozusagen eine Eindämmungsstrategie – oder aber, dass man ihre Anhänger\_innen irgendwie auf die eigene Seite ziehen muss. Letztere Strategie kennt zwei Varianten: Man »enttarnt« sie (siehe oben), oder man präsentiert sich als »echte Systemalternative«.

So bitter das auch ist: Manchmal muss man Niederlagen akzeptieren, um nicht den letzten Mut und die letzte Kraft zu verlieren. Den Aufstieg der AfD konnte keine linke Strategie verhindern, und auch eine Etablierung im bundesdeutschen Parteienspektrum scheint kaum noch abwendbar. Das heißt nicht, dass Linke aufhören sollten, gegen jede Form von Rassismus und Antifeminismus zu kämpfen. Aber anstatt zu versuchen, Rassist\_innen zu überzeugen, weniger rassistisch zu sein, wäre es vielleicht wichtiger, die Kraft für eine eigene linke Politik zu benutzen. Ohne falsche Kompromisse. ●

**Maike Zimmermann** ist  
Redakteurin bei ak.

Zuerst erschienen in ak 619/  
20.9.2016

# Rechte Show und linke Kopfschmerzen

Warum die ak-Debatte zur AfD mich bislang eher ratlos macht

Von Peter Birke

**J**ulia Meier und Jörg Nowak haben in den letzten Ausgaben von ak unter anderem historische Analogien vorgeschlagen, wenn es um die Bekämpfung der AfD geht: antifaschistische Bündnispolitik, die geeignet wäre, das rechte Lager zu spalten und ein alternatives Angebot für deren verirrte proletarische Wählerschaft zu schaffen. Die Perspektive überrascht auch angesichts dessen, dass ak eher als Forum sozialer Bewegungen gilt. Nicht nur von Meier und Nowak, sondern von fast allen Autor\_innen der Debatte wird der Aufstieg der AfD in einem politischen Raum verortet, für den Programme und Konzepte entscheidend sind. Die zentrale Frage linker Kritik scheint zudem zu sein, welche soziale Formation sich in der AfD repräsentiert. In dieser Logik geht es dann vor allem um Gegenrepräsentation. Die soziale Frage als alltagspolitische Frage taucht eben so wenig auf wie eine Kritik von Politiken, die vor allem auf die Repräsentation abzielen. Gerade vor dem Hintergrund des aktuell sich etablierenden rechten Projekts ist es meines Erachtens aber wichtig, sich auch auf diese Momente politischen Handelns zu beziehen. Dies möchte ich hier kurz begründen.

## Hohlräume der Debatte

Nach der gründlichen, mehrmaligen Lektüre der bisher in der ak-Debatte veröffentlichten Texte bleiben bei mir drei Eindrücke hängen: Erstens, es gibt viele wichtige Ansätze. So bereits im Aufschlag von Sebastian Friedrich (ak 615), der auf den erweiterten Klassencharakter der AfD hinweist und konstatiert, dass sich deren Wählerklientel zuletzt stark in Richtung einer in Tendenz weißen,

männlichen Arbeiterklasse verschoben hat (wie Anna Berg und Tanya Zorn in ak 616 feststellen). Zweitens bleibt der Eindruck, dass es schwierig ist, sich über den Charakter des rechten Projekts zu verständigen. Uneinigkeit besteht zum Beispiel in der Frage nach den programmatischen Schwerpunkten dieser eklektizistisch auftretenden Formierung. Im Anschluss wird dann eine Debatte darüber geführt, ob die AfD nun neofaschistisch sei oder doch eher neoliberal oder eher beides. Gegenstrategien werden sodann drittens überwiegend in der Logik gedacht, dass es einen Zusammenhang zwischen dem rechten Projekt und der linken Kritik geben müsse (Feminismus statt Antifeminismus, »echte« statt »falscher« Klassenpolitik usw.).

Leider entsteht beim Lesen der Eindruck, dass sich die ganze Debatte in einer Art Hohlraum bewegt: Zumindest bei mir trägt sie eher zur Verstärkung der Ratlosigkeit bei als zu wirklich neuen Erkenntnissen. Das gilt auch für die Strategien: Mit dem Bezug auf die 1920er und 1930er Jahre wird zwar meines Erachtens zurecht zwischen Einheits- und Volksfront unterschieden. Es bleibt aber das Problem, dass das politische Subjekt, um das die gesamte Debatte kreist, irgendwo zwischen der Figur der linken, antifaschistischen Aktivistin und dem Bewegungsmanager verortet ist, der (wenngleich schlecht besuchte) Massendemonstrationen gegen die AfD initiiert. Leider kann ich an dieser Stelle weder der einen noch der anderen Figur eine konzise Strategie vorschlagen. Kann schon sein, dass man als Bewegungsmanagerin und/oder Aktivist sowohl in Einheits- als auch in Volksfront machen muss. Dennoch klingt das sowohl nach einer ziemlich stressigen Lebensphase als auch nach merkwürdigen Fantasien über »unseren« Einfluss. Was ich mit den meisten Autor\_innen allerdings teile, ist

die Einschätzung, dass es sich bei der AfD tatsächlich um ein qualitativ besonderes Phänomen handelt, das sowohl sehr alt als auch sehr neu ist. Vielleicht ist es ja auch deshalb schwer zu greifen.

Um dennoch damit anzufangen, fände ich Texte von Marx interessanter als Texte von Thalheimer oder Thälmann. Zum Beispiel Marx Analyse der catch-all-Bewegung des französischen Bonapartismus im 18. Brumaire. Hier beschreibt er, wie sich die postrevolutionäre Diktatur gerade durch soziale Angebote an die proletarische Landbevölkerung konstituiert und dabei systematisch mit den durch die kapitalistische Entwicklung hervorgebrachten Gegensätzen arbeitet. Sebastian Friedrich nennt dasselbe Phänomen »klassenübergreifend«. Das trifft die Sache, aber damit ist die Funktion des programmatischen Eklektizismus der Rechten dennoch gerade einmal angedeutet.

## AFD radikalisiert das neoliberale Programm

Die AfD (der Front National, die Dänische Volkspartei usw.) schwimmt in Wirklichkeit wohl leider auf zwei Wellen: Erstens auf jener sich verallgemeinernden, mehr oder weniger konturlosen sozialen Unruhe, auf deren Grundlage in der Mainstreampresse eine Art Diskursclash erzeugt wurde, die uns »Terror« und »Migration« als wildes Feld täglich neuer Bedrohungen zeichnet. Und zweitens bedient sich die neue Rechte zweifellos des Umstands, dass die Einheitlichkeit von Klassen-subjekten selbst eine (obwohl marxistisch gefärbte) Fiktion ist. Denn die sozialen Konflikte, an die die AfD metaphorisch anschließt, sind nicht nur Konflikte innerhalb und zwischen den Klassen, ihre Ambivalenzen scheinen vielmehr die Klassensubjekte selbst zu durchzie-

hen, sie glauben mal das eine und mal das andere, wählen mal rechts und mal links: Kurz, es ist sehr schwierig, sie wirklich zu repräsentieren. Und deshalb ist eine Debatte, die sich alleine um die Repräsentation von »denen« durch »uns« dreht, ehrlich gesagt ziemlich defizitär.

Es ist gerade das Aufgreifen der Figur des gespaltenen Subjekts in der politischen Propaganda der Rechten, das sie notwendigerweise auch als »neu« erscheinen lässt: Sie gebiert sich im Grunde als eine Art neuer, konservativer Revolution. Ihre Show erhält ihren Spannungsbogen durch die Behauptung, authentisch zu sein, die Wahrheit zu sagen, mit der Stimme des berüchtigten »kleinen Manns« zu sprechen. Auch aus diesem Grunde ist die AfD, auch wenn es einige Gespenster in ihren Reihen gibt, nicht einfach ein Geist aus der Vorkriegszeit. Das Kuriose ist, dass sie zwar behauptet, etwas ganz Neues zu repräsentieren, zugleich aber an die Traditionen anknüpft, die in den neoliberalen Umwälzungen seit den 1980ern und später innerhalb der New-Labor-Tendenz der 1990er Jahre geprägt wurden. Die Orientierung an der »Stimme des kleinen Manns« ist dabei der Treibstoff, der zur Radikalisierung der Programme von Thatcher und Blair, Schröder und Hartz gebraucht wird: die Blair'sche Parole aufgreifend, dass Law and Order ein labour issue sei.

### Eine rechte Avantgarde

Die neue Rechte verschärft die Forderung, würdige Arme zu schützen und unwürdige Arme zu bestrafen, wie sie in der Aktivierungspolitik der rot-grünen Bundesregierung systematisch angelegt war. Der Bezug auf den nationalen Wohlfahrtsstaat ist auch in dieser Hinsicht durchaus konsequent. Zwar markiert er einen qualitativen Sprung gegenüber der ersten Phase des Neoliberalismus, ist aber zugleich dessen Fortsetzung und notwendige Zuspitzung: Wenn der trickle-down-Effekt (die neuen Reichen finanzieren die Subsistenz der erweiterten proletarischen Bevölkerung) nicht eintritt, dann müssen Letztere selbst dafür verantwortlich gemacht werden. Selbst der widerwärtige Rassismus der neuen rechten Formierung kann noch als Zu-



Wir brauchen eine andere Öffentlichkeit, die im sozialen Raum des Alltags verankert ist.

spitzung dieser Politik gelten. Genau an dieser Stelle setzt der Zugriff auf die ambivalent geprägten Subjekte ein, einschließlich der Arbeiter\_innen-Subjekte. Ihr Rassismus und Antifeminismus ist eine Art Kitt der AfD, obgleich hier wichtig ist zu bemerken, dass auch die AfD (wie vor ihr viele rechtspopulistische Parteien in Europa) diese Klebmasse quasi experimentell einsetzt. Denn sie verschieben auch den Diskurs über Rassismus und Sexismus selbst. Ihr Angriff gilt zwar einer imaginierten post-1968-Kultur, aber sie sind dabei durchaus in der Lage, dieser Kultur ihre Errungenschaften im Hals umzudrehen: siehe die Debatte nach Köln oder die Erscheinung von Islamophobie bei früheren »Feminst\_innen«.

Mit Stuart Hall könnte man die AfD als Teil (und wohl gemerkt leider nicht das Ganze) einer Great Moving Right Show sehen, als Teil einer gesellschaftlichen Bewegung, die die Hegemonie neoliberaler Politik durch ihre Verschiebung auf vielen Feldern zu sichern sucht. Auch insofern ist die AfD etwas anderes als die NPD nach 1966, als diese neofaschistische Partei kurz nach ihrer Gründung in zahlreiche Landtage einzog und bei den Bundestagswahlen im Herbst 1969 denkbar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Oder als DVU und Republikaner, deren Aufkommen und Verschwinden in den 1980er und 1990er Jahren in rascher Folge zu beobachten war. Die AfD ist heute – darin eher ähnlich der Schill-Partei als lokales Phänomen der frühen 2000er – in den Machtblock integriert, und zwar zunächst gerade weil sie im Augenblick keine Regierungsposition innehat. Sie ist, wenn man so will, die rechte Avantgarde, die in ihrer Suche nach systemstabilisierenden Alternativen die bürgerliche Gesellschaft vor sich her treibt.

Meines Erachtens gibt es zwei Voraussetzungen für Gegenstrategien (wobei ich zugeben muss, dass es mir sehr schwer fällt, hier etwas anderes aufzuschreiben als ungelöste Probleme und schwierige Fragen!). Erstens wird die Spaltung der AfD vorläufig kaum erfolversprechend sein. Viele europäische Beispiele zeigen, wie sich die erste und die letzte Phase neoliberaler Politik bei den sogenannten Rechtspopulisten

die Hand geben. In der Partei bekämpfen sie sich bis auf's Messer, sie bleiben aber doch als zurzeit überall relativ erfolgreiche Formierungen bestehen. Man muss sie schon als Ganzes bekämpfen, und selbstverständlich enthält dies auch die Herausforderung, dass wir an der Herstellung einer anderen Öffentlichkeit arbeiten müssen.

Diese andere Öffentlichkeit kann aber zugleich kaum existieren, wenn sie nicht im sozialen Raum des Alltags verankert ist, in den Konflikten um Wohnraum und Arbeitsverhältnisse, im Alltagskampf gegen die Zumutungen des Arbeitsalltags und des Arbeitsamts. Sie muss auch aus dem Mitgefühl für Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, eine konkrete, praktische Solidarität entwickeln. Aus dieser Sicht sind zwar die Demos gegen die AfD wichtig, aber die große Aufgabe ist, Ansätze zu verstärken, die in der Recht-auf-Stadt-Bewegung, in den fragmentierten Arbeitskämpfen des Jahres 2015 und, last but not least, in der Willkommensbewegung und in selbstorganisierten migrantischen Kämpfen an die Oberfläche gekommen sind. Es sind diese Kämpfe, in denen wir es nicht mit der Frage zu tun haben, was programmatisch-repräsentativ zu entwerfen ist. Auseinandersetzungen, die vielleicht nicht die Lösung bieten, aber doch immerhin die Basis einer Opposition gegen den Präfaschismus sein können.

Anders als auf der Bündnisdemo erleben wir uns in unseren alltäglichen Kämpfen, in der Bezugnahme auf Arbeitskolleg\_innen, angesichts von Entwürdigungen auf den Ämtern selbst und andere als die gespaltenen, fragmentierten, oft rat- und rastlos nach Autonomie und Emanzipation suchenden Menschen, die wir sind. Wenn wir diese Kämpfe (wie es zum Beispiel in Anregungen der Genoss\_innen von »Wilhelmsburg solidarisch« versucht wurde) nicht systematisieren und vernetzen – dann ist es meines Erachtens leider ziemlich gleichgültig, was auf dem Frontranspi der nächsten Bündnisdemo steht und wer dahinter mitläuft. ●

Peter Birke ist beim Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen angestellt.

Zuerst erschienen in ak 620/18.10.2016

# Weniger Kulturkampf, mehr Klassenkampf

Gegen die AfD braucht es eine Intervention  
in die progressive Mitte

Von Hannah Eberle  
und Emily Rose

**E**inigkeit in der Debatte zum linken Umgang mit der AfD besteht in der Einschätzung, dass sich in der BRD ein rechtes Projekt formiert. So analysiert die Gruppe antifa nt (ak 618) völlig zurecht, dass die AfD ein institutionalisierter Akteur ist, der einen »gesamtgesellschaftlichen Umgestaltungsanspruch« besitzt. Diese Institutionalisierung darf nicht unterschätzt werden. Auch kann die AfD rechten Straßenmobilisierungen den ausreichenden Rückhalt geben oder sie gar selbst organisieren. Antifa auf der Straße ist also weiterhin notwendig. Dabei müssen auch Feminismus und Antifa zusammengedacht werden, worauf unsere Genoss\_innen der IL (ak 616) zurecht hinweisen.

Jedoch ist es falsch, sich allein darauf zu konzentrieren, Wahlveranstaltungen zu stören oder Sitzblockaden gegen Aufmärsche zu organisieren. Selbst möglichst breite, zivilgesellschaftliche Bündnisse

können Nazistrukturen und rassistische Mobs nicht mehr ausreichend zurückdrängen – und aus der eigenen Schwäche verbünden wir uns häufig mit den Falschen.

Weiter ist es falsch, die Erfolge der AfD aus dem Programm und den Themen der ihr nahestehenden Organisationen abzuleiten, wie es die Genoss\_innen der IL und antifa nt tun. Wahlanalysen deuten darauf hin, dass die Wähler\_innen der AfD die Partei nicht wegen ihrer geäußerten Inhalte oder Programmatiken wählen, sondern weil die AfD als einzige Anti-Establishment-Partei erscheint.

Deshalb plädieren wir dafür, sich mit den Wähler\_innen differenzierter auseinanderzusetzen – und in der Analyse den neoliberalen Nährboden stärker einzubeziehen.

## Die Umdeutung sozialer Fragen

Die Wähler\_innen der ursprünglichen AfD waren gesellschaftlich breit aufgestellt, einkommensstark und formal eher höher gebildet. Auf der Suche nach der einen Erklärungsformel wurde die Wahl der AfD im Ausschlussverfahren auf

den Rassismus der Wähler\_innen zurückgeführt.

Bei den Landtagswahlen in diesem Jahr zeichnete sich aber eine Veränderung der Wähler\_innen ab: eine Wandlung, die sich auch in der programmatischen Ausrichtung der AfD und in den Reden mancher Funktionäre widerspiegelt. Die von Sebastian Friedrich befürchtete Klientelerweiterung (ak 615) lässt sich nun statistisch belegen. Vermehrt wählten Arbeiter\_innen, Erwerbslose, Nicht-Wähler\_innen und Menschen mit geringerem Einkommen und Bildungsgrad die Partei. Und das, obwohl die AfD noch immer eine sozialchauvinistische Partei ist.

Die AfD hat erkannt, dass eine rassistische Antwort auf die soziale Frage und eine antifeministische Sozialpolitik mehr als geeignet sind, um eine neue Partei zu etablieren. Ihr Erfolg speist sich aus Wähler\_innen, die den Eindruck haben, mit ihrer Stimme für die AfD würde sich etwas ändern. Die AfD richtet ihre Strategie verstärkt darauf aus, die sozialen Belange ihrer Wähler\_innen zu thematisieren. Dabei spricht sie reale Missstände an, um diese im

nächsten Moment rassistisch oder antifeministisch zu wenden. Dieser Mechanismus wird besonders deutlich, wenn Höcke von der neuen deutschen sozialen Frage spricht, die sich nicht mehr zwischen Oben und Unten, sondern zwischen Innen und Außen stelle. Wahlanalysen zufolge sind zwei Gründe für AfD-Wähler\_innen entscheidend: zuerst und mit Abstand Asyl und Migration, als zweites folgt soziale Sicherheit. Betrachtet man die Aussagen der Befragten genauer, wird deutlich, dass auch die Themen Asyl und Migration die soziale Frage berühren. Die Ängste vor Einwanderung sind häufig verknüpft mit der Sorge vor verschärfter Konkurrenz um vermeintlich knappe Ressourcen.

In der Frage der antifeministischen Ausrichtung der AfD lässt sich ähnlich argumentieren. Das reaktionäre Familienbild der AfD ist auch eine Antwort auf den Wegfall der klassischen Sozialpolitik. Die Familie soll die Lücke füllen, die durch organisierte Verunsicherung und das Wegbrechen des Wohlfahrtsstaats entstanden ist. Von einem reaktionären Familienbild fühlen sich neben einigen durchgeknallten Ewiggestrigen vor allem diejenigen angesprochen, die soziale Verunsicherung verspüren.

### Was bedeutet das für unsere Strategie?

Der Nährboden für den Erfolg der AfD ist also nicht die antimoderne und nationale Ausrichtung der Partei, sondern der Neoliberalismus, der eine ständige Verunsicherung erzeugt. Das Gefühl, die eigene Existenz dem Markt zu unterwerfen, ohne selbst eingreifen zu können, oder bereits aus der Verwertung am Markt entfernt worden zu sein, treibt die Menschen in die Arme der vermeintlichen Anti-Establishment-Partei. Damit wollen wir weder die Eigenlogik von Ideologien wie Rassismus und Antifeminismus negieren noch um Verständnis für diese werben. Wir schlagen auch nicht vor, um jeden Preis die Wähler\_innen der AfD für ein emanzipatorisches Projekt zurückzugewinnen. Kein Konservativer wird umgestimmt werden, kein Nazi unser Freund.



## Der Nährboden für den Erfolg der AfD ist der Neoliberalismus.

Wir müssen aber diejenigen ernst nehmen, ansprechen und in unseren strategischen Fokus rücken, die die AfD schon heute oder in Zukunft aus einem Gefühl der Exklusion heraus wählen.

Wir hätten die bestehenden Klassenkonflikte auf progressive Weise zuspitzen sollen – ohne uns auf eine Wagenknecht'sche Strategie der exklusiven Solidarität für deutsche Arbeiter\_innen einzulassen.

Wir müssen erstens Angebote machen, den sozialen Unfrieden nach links zu politisieren und dabei unsere emanzipatorischen Vorstellungen in die Praxis umsetzen. In Teilen sind wir auf dem richtigen Weg: Wir versuchen, unsere Kämpfe um Gesundheit und Energie, gegen Krise, Niedriglohnsektor, Hartz IV, gegen Konkurrenz um Wohnungen und Arbeitsplätze mit der Klassenfrage zu verknüpfen. Dabei geht es uns nicht um die Glorifizierung einer nächsten cis-weiß-männlichen Fabrikarbeiterrevolution, sondern darum, an neuen Orten mit Personen, Gruppen und Initiativen etwas aufzubauen, wo sonst nur mit viel Mühe die Ortsvereine der Linkspartei gehört werden.

Wir brauchen Projekte, die tatsächlich reale Verbesserungen für Menschen hervorbringen und ihnen das Gefühl geben, dass der gemeinsame Kampf Früchte tragen kann. Das gilt für jede alltägliche Interaktion, aber auch für die Massenmobilisierungen der radikalen Linken. Nur dann kann die Linke als emanzipatorisches, offensives Projekt gegen die herrschenden Verhältnisse – jenseits von Gauland, Petry, Höcke, Storch und den vielen Sarrazins – wahrgenommen werden.

Dabei reicht es zweitens nicht, sich nur am rechten Block abzuarbeiten. Zwar müssen wir weiterhin die Verknüpfungen zwischen rechter CDU, rechten Intellektuellen, christlichen Fundamentalist\_innen und Antifeminist\_innen aufdecken und skandalisieren. Gleichzeitig müssen wir Seehofer und Höcke gleichermaßen angreifen, und auch die Sozialpolitik von Andrea Nahles als rassistische und neoliberale Politik enttarnen, indem wir sie mit den

Forderungen der AfD in Beziehung setzen.

Drittens plädieren wir für eine Intervention in die »progressive Mitte« der Kulturschaffenden, der Helfenden und der kritischen Liberalen. Sie äußern ihre Kritik und Angst vor der AfD in Theatersalons oder in Ringvorlesungen. Auch wenn wir sie nicht so schnell auf die Straße bringen können, sind sie in der Isolierungsstrategie wesentliche Verbündete. Doch zu häufig bleiben sie im Wortlaut bei Angela Merkel und Teilen der politischen Elite, indem sie die AfD für ihre Menschenfeindlichkeit anprangern und auf den Wert der Diversität verweisen. Sie verklären die parlamentarische Demokratie als Zustand wirklicher Freiheit und verweisen auf Humanismus und Moral.

So gibt es einen Schulterchluss von Teilen der »progressiven Mitte« mit den Herrschenden. Jörg Nowak (ak 618) nennt diesen eine »Allianz der progressiven Bourgeoisie«. Wir befördern diese Tendenz mit der alleinigen Ausrichtung von Kampagnen auf Kulturkämpfe. Diese führt vor allem zu einer Befriedung der außerparlamentarischen Linken durch hegemoniale Teile der Gesellschaft. In dieser Symbiose manifestiert sich für AfD-Wähler\_innen das Establishment, gegen welches sie sich richten.

Unsere Aufgabe besteht daher darin, gemeinsam mit Teilen der »progressiven Mitte« den Kampf gegen die AfD um ein klassenkämpferisches Moment zu erweitern; und nicht darin, entgegengesetzte Wertvorstellungen gegeneinander antreten zu lassen.

Es geht nicht um eine Abkehr von der »progressiven Mitte«, sondern darum, gemeinsam ein emanzipatorisches, antineoliberales Projekt zu formulieren. Sonst schauen wir am Ende Merkel und Petry bei ihrem Machtkampf zu. ●

**Hannah Eberle und Emily Rose**  
*sind aktiv in der Krisen-AG der Interventionistischen Linken Berlin.*

*Zuerst erschienen in ak 621/  
15.11.2016*

# Die Ebene der moralischen Empörung verlassen

Die völkisch-nationalistischen Inhalte der AfD sind in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen, aber auf unterschiedliche Weise erfolgreich

Von David Begrich

**A**ngesichts der zurückliegenden Wahlerfolge der AfD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt und der Fortdauer von PEGIDA in Sachsen ist gelegentlich die Einschätzung zu lesen, eigentlich läge das Problem des Aufstiegs rechter Politikangebote in den ostdeutschen Bundesländern. Auf den ersten Blick trifft dies zu. PEGIDA ist ein sächsisches Phänomen, im Osten werden je Einwohner in die meisten rassistischen Gewalttaten verübt. Die AfD-Landesverbände in Thüringen, Sachsen und

Sachsen-Anhalt trompeten im Konzert rechter politischer Interventionen lauter als etwa jene in Hamburg oder Bremen. Doch der verbale Krawall, den André Poggenburg (Sachsen-Anhalt) oder Björn Höcke (Thüringen) veranstalten, täuscht darüber hinweg, dass die Mobilisierungsfähigkeit der AfD keineswegs auf den Osten beschränkt ist. Im Gegenteil: Mag die AfD in Mecklenburg-Vorpommern auch einen Stimmanteil von 20 Prozent erlangt haben, so bleibt dieser mit Blick auf die absoluten Zahlen doch weit hinter jenen etwa in Baden-Württemberg zurück. Denn während die AfD in Baden-Württemberg rund 800.000 Wähler\_innen erreichte, waren es

in Mecklenburg-Vorpommern nur rund 150.000. Der Streit um die antisemitischen Texte des baden-württembergischen Abgeordneten Wolfgang Gedeon zeigt zudem, dass der Unterschied zwischen Ost und West in der AfD weniger ein ideologischer ist, sondern vielmehr in der Tonlage liegt. Im Westen gibt sich das Ressentiment nobler.

Seit ihrer Gründung hat sich die AfD im Turbogang radikalisiert. Diese Radikalisierung lässt sich bündig in drei Phasen einteilen. Bei ihrer Gründung war die Partei ein monothematisches, extrem neoliberales, eurokritisches Projekt um die Professorenriege Bernd Lucke und Joachim Starbatty. In einer zweiten Phase wandte sich die Par-

tei national-konservativen Identitätsthemen wie Familie und Tradition, um nach dem Ende der Ära Lucke, getrieben von Höcke, Poggenburg und der Connection des AfD-Netzwerkes der »Erfurter Erklärung«, den Marsch in den völkischen Nationalismus anzutreten. Die AfD agiert – programmatisch klar rechts des Nationalkonservatismus stehend – in der strategischen Form der Kommunikation rechtspopulistischer Parteien.

Der Erfolg der strategischen Kommunikation der AfD gründet in einem Dreieck, bestehend aus kalkulierten öffentlichen Tabubrüchen, deren medialer Verstärkung und ihrer parlamentarischen Nacharbeit durch die Fraktionen in den Landtagen in Form von polarisierenden Anträgen und Debatten.

### **Strategische Kommunikation rechter Inhalte**

Der kalkulierte Tabubruch folgt einem Muster des diskursiven »Zwei Schritte vor, einen Schritt zurück«. Mit Wortmeldungen wie jener von Frauke Petry, den Begriff des Völkischen rehabilitieren zu wollen, versuchen die AfD-Protagonist\_innen zu testen, wie weit sie gehen können. Zunächst wird ein Statement abgegeben, in dem ein tatsächliches, öfter jedoch ein vermeintliches Tabu gebrochen und damit in der öffentlichen Meinung polarisiert werden kann. Erfolgt eine mediale oder politische Sanktion, rudern die Akteure scheinbar zurück, sagen, es handle sich um ein Missverständnis oder das Statement sei aus dem Kontext gerissen. Am Ende bleibt eine Erweiterung des Sagbarkeitsraums nach rechts. Ein Schlüsselbegriff für die Plausibilisierung rechter Inhalte ist der vielzitierte »gesunde Menschenverstand«. Er wird von der AfD als scheinbar unideologischer Zugriff auf Debatten mit eminent politischem Inhalt angewandt. Was dann angeblich der »gesunde Menschenverstand« gebietet, bei der Unterbringung von Asylbewerber\_innen oder deren Integration, liegt in diesem Lichte jenseits der Politik und wird so zur Frage rationaler Vernunft erklärt.



## Es braucht Mut für einen Pragmatismus, der das Visier der Identitätsdebatten aufsprengt.

Dieses Spiel mit Begriffen und ihrer scheinbaren Relativierung beherrschen sowohl Petry als auch Höcke perfekt. Ihre politischen Ansprachen und Tabubrüche haben zwei Adressaten. Einerseits wird der eigenen Anhängerschaft signalisiert, dass ihre Ressentiments nicht nur still geteilt, sondern offensiv ausgesprochen, bestätigt oder radikalisiert werden. Andererseits jedoch wird zum angeblichen Mainstream der von der AfD viel gescholtenen Altparteien und der Medien (»Lügenpresse«) ein scharfer Kontrast geschaffen, in dessen Schatten die Partei wie beiläufig politische Geländegewinne einfährt. Medienformate wie Talkshows sind für diese politische Strategie wie geschaffen, weil sie von der sich wiederholenden Zuspitzung politischer Debatten leben.

Evident wird dies bei den politischen Kernthemen der Partei wie Asyl, Demographie und Einwanderung. Seit Monaten scheint es so, als triebe die AfD bei diesen Themen die etablierten Parteien mit immer neuen, radikaleren Forderungen vor sich her, weshalb diesen gar nichts anderes übrig bliebe, als im Reaktionsmodus gefangen ihre Positionen entweder zäh zu verteidigen oder Stück für Stück zu räumen. Stimmt dieses Bild? Bedingt. Denn zwischen den Vorstößen der AfD und der Verschärfung der Tonlage des Diskurses um Asyl und Flüchtlinge gibt es längst eine Interaktion, innerhalb derer die AfD nicht der alleinige Akteur ist. Dies sind mit ihr konkurrierende Player aus Medien und Parteipolitik um die rechtspopulistische Aufladung von Begriffen und Diskursen. Die AfD betreibt die Ethnisierung realer sozialer Widersprüche, indem sie soziale Rechte für zuvor als valide apostrophierte Interessengruppen propagiert, um danach Mechanismen sozialen

Ausschlusses zu beschreiben. Der Appell der AfD an die etablierten sozialen Vorrechte deutscher Rentner\_innen, deutscher Erwerbsloser usw. hat das rassistische Ressentiment im Rucksack. Diese Ethnisierung trifft bei Menschen mit Erfahrungen zunehmenden sozialen Ausschlusses einen Nerv ihres Bewusstseins. Wenn Flüchtlinge und sozial prekär lebende Menschen um den Zugang zu geringer werdenden sozialen Ressourcen wie Wohnraum, Lebensmitteln von der Tafel oder Beratungsleistungen ringen, ist die ethnisierende Projektion sozialer Ausgrenzung eine mögliche Folge, die von rassistischen Diskursen nahegelegt und verstärkt wird.

### **Die Wähler\_innen der AfD im Osten**

Über die Wähler\_innen der AfD ist im Verlauf dieser Debatte und in jener über das Buch von Didier Eribon (ak 619) schon einiges gesagt worden. Deshalb nur so viel: Bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist die AfD durch das heterogene Milieu der Nicht-Wähler\_innen wie mit einem Staubsauger durchgegangen. Die größten Stimmenzuwächse stammen von dort. Dies ist nicht nur ein Hinweis darauf, dass andere Parteien diese Wähler\_innen nicht mehr erreichen. Evident ist, dass die über Web-2.0-Formate geführte Kommunikation der AfD ungefiltert bei denen ankommt, die in keiner Form mehr an der politischen Öffentlichkeit teilnehmen. Nicht ohne Grund setzte die AfD in den ostdeutschen Landtagswahlkämpfen auf Facebookkampagnen im thematischen Umfeld von Debatten um die Unterbringung von Flüchtlingen und befeuerte die Erzählung, jede Kritik werde, wie damals in der DDR, rigide unterbunden.

Die Paradoxie, dass die AfD sowohl von Mittelständlern als auch von Arbeitslosen gewählt wird, zeigt, dass rechtspopulistische Politikformen mit völkisch-nationalistischem Inhalt eine Wählerbasis ansprechen können, die quer zu sozialen Interessen liegt. Anders ausgedrückt: Das Verschwinden sozialdemokratischer Milieus und

ihrer Erzählung vom sozialen Aufstieg ist gerade im Osten eine Quelle der Stärke der AfD. Hinzu kommt hier die ohnehin geringe Bindung an Parteien. Polemisch ausgedrückt: Die Leute probierten bei jeder Wahl seit 1990 eine neue Partei aus, die hernach ihre Erwartungen enttäuschte. Nach CDU, SPD, PDS, DVU und NPD ist nun die AfD dran. Mit Appellen an die ostdeutsche Identität, die sich anders als die westdeutsche aus der Erfahrung der Endlichkeit politischer Systeme speist, will die AfD jene Lücke schließen, die DIE LINKE hinterließ, als sie ab Ende der 1990er Jahre nicht mehr die personellen Ressourcen hatte, als Partei der Kümmerer in allen Lebenslagen der Ostdeutschen im vorpolitischen Raum präsent zu sein.

Jene Ressentiments gegen das im Osten hegemoniale westdeutsche Establishment und seine für viele Ostdeutsche befremdlichen politischen Rituale, welche in den 1990er Jahren von der PDS bedient wurden, will nun die AfD abgreifen. Dass diese in der Generationenkohorte jener, die nach der Wende berufliche und biografische Entwertungen erfahren, besonders stark sind, kann nicht überraschen. Aus diesen Untiefen sozialer und biografischer Verwerfungen tauchen sie auf, die »Angry Old White Men«, wütend, rassistisch, antifeministisch.

All das ist wahr. Wahr ist aber auch, dass der verächtliche Metropolenblick auf Ronny und Mandy aus Jena-Lobeda oder Potsdam-Schlaatz den Blick für eine Differenzierung dafür verstellt, wer Akteur\_in, wer Mitläufer\_in rassistischer Mobilisierungen ist, oder wem es ob der Rasanz sozialer Spaltungsprozesse in jeder Hinsicht nur schlicht die Sprache verschlagen hat.

### **Handlungsspielräume suchen**

Wie gezeigt, profitiert die AfD von der vielfältigen Multiplikation ihrer Inhalte und Diskurse in der Gesellschaft. Es müsste zunächst darum gehen, die Reichweite rechter Politikangebote zu begrenzen. Dazu gehört zu entscheiden, auf

welche Provokation der AfD öffentlich zu reagieren ist, und wo es darum geht, schlicht andere, eigene inhaltliche Akzente zu setzen. Nicht jede rassistische Aussage der AfD ist ein Skandal, nicht jede Forderung der AfD ein Tabubruch. Das Dauerabonnement, welches die AfD auf Wahlerfolge hat, kann nur gekündigt werden, wenn die Auseinandersetzung mit der Politik der AfD die Ebene der moralischen Empörung verlässt, und zu der Frage zurückkehrt, wie essenziellen Erfahrungen der Solidarität und ihrer Wirkung wieder Geltung verschafft werden kann. Die AfD profitiert von ressentimentgeleiteten Angst- und Abstiegs-erzählungen, die sie selbst entwirft. Die Worte für eine neue Erzählung, wie eine solidarische Gesellschaft aussehen kann, sind offenbar noch nicht gefunden.

All die Kraft, die außerparlamentarische Gruppen derzeit in diverse Kampagnenformate wie Demonstrationen, Aufrufe und Aktionskonferenzen stecken, ist vermutlich in einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit örtlich spürbaren Erscheinungsformen sozialer Spaltung und rassistischer Mobilisierung besser aufgehoben. Denn die in Rede stehenden Kampagnen erreichen nur die ohnehin bereits Bekehrten. Vor Ort muss buchstabiert werden, wie und mit wem rassistische Mobilisierungen zurückzuweisen sind. Manchmal ergeben sich hier vielleicht Bündnisse mit Akteur\_innen, die zunächst kulturell und lebensweltlich fernstehend scheinen, bei Lichte besehen jedoch »die richtigen sind« (Johannes Agnoli). Dazu braucht es auch den Mut für einen situationsbezogenen Pragmatismus, der das Visier der eigenen Identitätsdebatten aufsprengt. Es wird viele Umwege brauchen, das rechte Projekt AfD in die Schranken zu weisen. Rasche Erfolge sind nicht zu erwarten. ●

---

David Begrich *schrieb in ak 613 darüber, wie die Hysterie um Kriminalität die Gründung von Bürgerwehren begünstigt.*

---

Zuerst erschienen in ak 621/  
15.11.2016

# Das Ende als Anfang

**Diskussion** Im Kampf gegen die AfD sollte die Bewegungslinke den Schulterschluss mit der Linkspartei suchen

Von David Bebnowski

**D**ieses Ende kann nur ein Anfang sein. Zwar soll mit diesem Text die Debatte um die AfD, die seit April 2016 in ak geführt wurde, beschlossen werden. Wenn hiermit allerdings tatsächlich alles gesagt sein sollte, dann, so fürchte ich, wird sich nur wenig zum Guten wenden. Denn mir geht es in der Debatte ganz ähnlich wie Peter Birke (ak 620): Auch ich bin nach der Lektüre eher ratlos. Sicher, in den Texten wird scharf und brauchbar analysiert, zurecht gemahnt und gestritten. Gleichzeitig stellt sich aber auch bei mir das Gefühl ein, in einer Art Hohlraum gelandet zu sein. Denn die Kernpunkte dieser Debatte werden seit nunmehr fast vier Jahren im Zusammenhang mit der AfD diskutiert, ohne dass wirkliche Durchbrüche zu verzeichnen wären.

Als wesentliche Frage dieser Debatte erscheint mir, ob ein Bündnis mit bürgerlichen Kräften unter der Gefahr des Verschwindens linker Positionen eingegangen werden sollte oder eben nicht. Mit einem Plädoyer gegen eine solche Allianz eröffnete Sebastian Friedrich (ak 615) die Debatte und wurde darin von Jörg Nowak (ak 618) unterstützt. Für die Bündnispolitik traten Julia Meier (ak 617) und das Autorduo Hannah Eberle und Emily Rose ein. (ak 621) Gewissermaßen quer zu diesen Positionen plädierte die Gruppe antifa nk für eine gendertheoretische Analyse (ak 618), Anna Berg und Tanya Zorn mahnten eine Gleichbehandlung von Antifaschismus und Feminismus an (ak 616). Maike Zimmermann

(ak 619) und David Begrich (ak 621) bereicherten die Debatte mit Stellungnahmen zum Rassismus der AfD. Peter Birke unternahm einen wichtigen Orientierungsversuch.

## Die Verfassung der Linken

Mit der Ausnahme von diesem Metakommentar und David Begrichs Text, der über das Spitzenpersonal der AfD eine sehr aktuelle Bestandsaufnahme bietet, hätte jeder Standpunkt in dieser Debatte ganz ähnlich auch bereits im Jahr 2013 formuliert werden können. Das ist die enttäuschende Erkenntnis in dieser Debatte. Sie zeigt, wie schwer das Ringen um eine Position zur AfD fällt. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, und hier liegt der Grund meiner Enttäuschung, wie wenig sich linke Positionen in der Auseinandersetzung mit der AfD weiterentwickelt haben. Die Debatte um die längst nicht mehr ganz neue rechte Kraft, so scheint es mir, sagt uns deswegen nicht nur etwas über die AfD, sondern auch über die Verfassung der Linken.

Maike Zimmermanns Kommentar bringt den Zwiespalt dieser Debatte ungewollt auf den Punkt. Es stimmt: Die derzeitige Niederlage gegen die AfD muss zunächst akzeptiert werden. Ich bezweifle allerdings, dass der Aufstieg der AfD »von keiner linken Strategie zu verhindern« gewesen wäre. Das mag schon sein – aber hätte man nicht trotzdem zumindest versuchen dürfen, eine Strategie zu formulieren? In den Debattenbeiträgen war zumindest keine Strategie – verstanden als langfristiger Plan zur Erlangung eigener Ziele – zu erkennen. Ganz im Gegenteil: Die Diskussion ist über weite Strecken ein

einzigiger Konjunktiv, verläuft merkwürdig abstrakt, schwebt förmlich über den Dingen. Konkrete politische Perspektiven und Vorschläge ergeben sich aus ihr kaum, sie verzichtet abseits der AfD und ihres Umfelds weitgehend auf Akteur\_innen. Geschrieben wurde deshalb seltsam subjektlos, formuliert im Ton des »Man-müsste«, nie des »Wir-werden«.

Dieser Kommentar wird deswegen bewusst zugespitzt, ja, vereinfacht, die Formulierung einer solchen Strategie versuchen. Das Ziel ist es, Widerspruch zu erregen. Wie gesagt, dieses Ende soll ein Anfang sein. In der laufenden Debatte übernehme ich mit diesem Beitrag wohl oder übel die Rolle des Reformisten: Denn in meinen Augen liegt das vielversprechendste Mittel in der politischen Auseinandersetzung mit der AfD im gezielten Versuch, die Partei DIE LINKE als politische Kraft aufzubauen, die sich mit eigenen überzeugenden Angeboten in den politischen In-Fight mit der AfD wagt.

## Angebote über das eigene Bezugssystem hinaus

Tatsächlich ist es auffällig, dass die AfD gerade in linken Auseinandersetzungen (auch von mir selbst) eher als Bündnis, denn als Partei beschrieben wird. Diese analytische Stoßrichtung verdeckt eine wichtige Möglichkeit zur Analyse. Denn ohne Gefahren und Entwicklungen verharmlosen zu wollen, feiert die AfD ihre Erfolge doch in erster Linie bei Wahlen und glücklicherweise nicht auf der Straße. Mit der AfD schafft es die extreme Rechte so, einen Akteur in die Parlamente und damit direkt in die Zentren der

Macht auf Landes- und bald wohl auch auf Bundesebene zu bringen. Spätestens seit der Unterstützung durch das voluntaristische Institut für Staatspolitik scheint die neu-rechte Strategie zugunsten der AfD gefunden. Ich erwähne dies, weil sich die deutsche Rechte in der AfD längst ganz offensichtlich ein passendes politisches Angebot geschaffen hat, während die Gesamtlinke nach fast vier Jahren Auseinandersetzung mit der rechten Kraft in langen Traktaten noch immer über den passenden analytischen Zugriff auf die Debatte streitet.

Die AfD hat Erfolg, weil sie als Partei in den Parlamenten direkt, wenn oft auch nur symbolisch, Einfluss auf das politische Geschehen nehmen kann. Hierdurch erklärt sich auch, warum sie so erfolgreich dabei ist, ein Bündnis aus fast allen gesellschaftlichen Gruppen zu schmieden. Seitdem der Flügel um Bernd Lucke aus ihr gedrängt wurde, gelingt es ihr in einem alarmierenden Maße, die sprichwörtlichen kleinen Leute an sich zu binden. Aber ist das eigentlich überraschend? Warum sollten sich die Unzufriedenen blumigen Bewegungen anschließen, wenn sie mit einem Kreuzchen am Wahltag viel effektiver und direkter auf die Politik einwirken können? Mir möchte eine Forderung nach Selbstorganisation und mehr Bewegung zum Aufbau einer neuen kulturellen Hegemonie deshalb nicht recht einleuchten. Es ist doch Kern gerade linker Zeitdiagnosen, dass ein neoliberales Zeitregime kaum mehr Freiheit zur persönlichen Entfaltung lässt. Die viel beschworene postdemokratische Situation lässt sich deshalb nicht nur als moralische Verfallsdiagnose lesen, sondern kann eben so gut als passende Evolutionsstufe einer marktkonformen Demokratie gewertet werden. So problematisch man es finden mag, ist Politik doch für die meisten nicht als hektische Daueraktivität, sondern oftmals nur als punktuell Engagement vorstell- und umsetzbar. Diesem Anspruch tragen emphatische linke Mobilisierungsvorstellungen jedoch kaum Rechnung.

Aufgabe einer Linken wäre es, derzeit deshalb passende politische



## Warum sollten sich die Unzufriedenen blumigen Bewegungen anschließen, wenn sie mit einem Kreuzchen am Wahltag viel effektiver auf die Politik einwirken können?

Angebote zu formulieren, die über das eigene Bezugssystem hinausreichen. Hierfür bietet sich aus meiner Sicht nach wie vor die Partei DIE LINKE an. Hiermit meine ich natürlich nicht, dass sie in ihrer heutigen Form alle Voraussetzungen für ein starkes politisches Bündnis erfüllt, das nicht Gefahr läuft, vom Machtblock aufgesogen zu werden. Allerdings denke ich, dass man die Partei in diese Richtung bewegen kann, wenn Rosa Luxemburgs Spruch von der Straße als Spielbein und dem Parlament als Standbein der Bewegung(en) stimmt. Dies wäre die anstehende Aufgabe inner- und außerparteilicher Kräfte.

### Partei und Bewegungen im Schulterschluss

Sebastian Friedrichs und David Begrichs Texte liefern hierbei für mich besonders plausible Anknüpfungspunkte. Sebastian Friedrichs Kommentar rückte gleich zu Beginn die zunehmende Orientierung der AfD und anderer rechter Parteien in Europa auf die gefallene Arbeiterklasse in den Blick. David Begrich betonte in bemerkenswerter Klarheit, dass viele derzeitige Kampagnenformate »nur die ohnehin bereits Bekehrten« erreichten. Ich stimme seiner Schlussfolgerung zu: Um ein Bündnis mit den »richtigen« Akteur\_innen herzustellen, »braucht es auch den Mut für einen situationsbezogenen Pragmatismus, der das Visier der eigenen Identitätsdebatten aufsprengt«.

Genau diese Aufgabe wäre das eigentliche Ringen um Hegemonie. Was es dafür bedarf, ist mehr als das absichtsvolle Bekenntnis zur taktischen Zusammenarbeit. Partei und Bewegungen müssen im Schulterschluss populäre und bissige politische Angebote entwerfen. Die Linke

muss Neues entwerfen und zurückerobern, was ihres ist. Die AfD bezieht ihre Inspiration durchaus von links: Ihrem taktischen Umgang mit dem Parlamentarismus und ihrer Anklage des korrupten Parteiensystems dürften die Denkfiguren Johannes Agnolis, einem der Cheftheoretiker der Studentenbewegung und außerparlamentarischen Opposition, zugrunde liegen.

Sollte DIE LINKE tatsächlich als Orientierungspunkt einer neuen Strategie dienen, wird dieser Weg kein leichter sein. Gerade zur Zeit jedoch stellt sich durch die Stärke der AfD eine Chance für linke Regierungsbündnisse als Tolerierung oder Dreierkoalition ein. Trotz aller berechtigten Bedenken, würde ich ein wie auch immer institutionalisiertes rot-rot-grünes Bündnis jeder anderen realistischen Koalitionsoption vorziehen. Ein gestärkter linker Pol in dieser Konstellation wäre wünschenswert, da er neue politische Optionen und Handlungsräume eröffnet. Tatsächlich sollte man solche Gedankenspiele nicht einfach als machtpolitische Arithmetik abtun. Denn für lange Zeit galt Deutschland als europäischer Sonderfall. Die zu Beginn der 2000er Jahre einsetzenden rechtspopulistischen Erfolge in den Nachbarländern blieben hierzulande aus. Natürlich lag all dies nicht an einem besonderen Geschichtsbewusstsein, einer weniger starken neoliberalen Umstrukturierung oder gar weniger menschenfeindlichen Einstellungsmustern im Vergleich zu den Nachbarländern. Dass sich in Deutschland zunächst keine rechtspopulistische Partei etablieren konnte, lag an der Partei DIE LINKE. Als frisch gegründete Kraft konnte sie als Stachel im Fleisch der etablierten Parteien den Protest gegen das System kanalisieren. Wäre es den Versuch wert, diese Strategie weiter zu verfolgen? ●

*David Bebnowski ist Sozialwissenschaftler aus Berlin. Er beschäftigt sich seit ihrem Gründungsprozess wissenschaftlich und publizistisch mit der AfD.*

*Zuerst erschienen in ak 622/13.12.2016*

# ak als Abo oder Geschenk!

**Linke Politik:** monatlich auf 36 Seiten, übersichtlich im Zeitungsformat. Wir informieren, analysieren und debattieren über und gegen den Kapitalismus. Unsere Spezialität: Hintergründe aufzeigen – Zusammenhänge herstellen!



**Die Prämien**  
Die gewünschte Prämie bitte unten ankreuzen.



**Prämie A**

**Lexikon der Leistungsgesellschaft ...**  
Egal ob auf Arbeit, zu Hause, auf dem Sportplatz oder im Club: die neoliberale Ideologie lauert überall. Sebastian Friedrichs Streifzug durch alltägliche Begriffe der »Leistungsgesellschaft« erkundet, wie sie unsere Persönlichkeit, unser Denken, unser Handeln prägt.



**Prämie B**

**Play Gender**  
Wie können feministische Konzepte in der Praxis genutzt werden? Was passiert, wenn Theorie auf popkulturellen Alltag trifft? Mir Beiträgen von Mithu Sanyal, Sarah Diehl, Martin Büsser, Vina Yun, der IL Berlin und anderen.



**Prämie C**

**akArchiv6.**  
DieCD-ROM mit allen Artikeln 03/88 bis 12/08 sowie Fantômas 1 bis 13.

*Die Buchprämien werden alle zwei bis drei Monate durch neue Titel ersetzt. Aktuell verfügbare Prämien siehe [www.akweb.de](http://www.akweb.de).*



Ausfüllen, ausschneiden, einsenden! analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg. Oder faxen: (0 40) 401 701 75, Online-Bestellformular: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

Ja, ich will 4 Mal **ak** für € 10,00.  
Das Probeabo wird zum Jahresabo, wenn es nicht nach Erhalt der dritten Ausgabe gekündigt wird. Probeabo ohne Verlängerung:

Ja, ich will **ak** im Abo beziehen.

Ein Jahresabo umfasst derzeit elf ak-Ausgaben.

Zahlungsweise:	halbjährlich	jährlich
Normalabo Inland	€ 28,00	€ 55,00
Förderabo*	€ 20,00	€ 38,00
Sozialabo**	€ 5,00	€ 10,00
Zuschläge	€ 8,00	€ 15,00
weltweit (Luftpост)		

\* Bitte einen freiwilligen Förderbetrag über dem Preis des Normalabos eintragen  
\*\* Das Sozialabo ist für Menschen mit geringem Einkommen, ohne Werbepremie

**Auftraggeber(in):**

VOR- UND NACHNAME \_\_\_\_\_  
STRASSE, HAUSNUMMER \_\_\_\_\_  
PLZ \_\_\_\_\_ ORT \_\_\_\_\_  
LAND \_\_\_\_\_

E-MAIL \_\_\_\_\_

Ja, ich will **ak** verschenken.

Ich möchte eine andere Lieferadresse angeben.  
**ak soll gesendet werden an:**

VOR- UND NACHNAME \_\_\_\_\_  
STRASSE, HAUSNUMMER \_\_\_\_\_  
PLZ \_\_\_\_\_ ORT \_\_\_\_\_  
LAND \_\_\_\_\_

Das Abonnement ist auf den angegebenen Zeitraum bzw. auf mindestens ein Jahr begrenzt.

Ich möchte die geschäftliche Kommunikation mit dem aki-Verlag über E-Mail abwickeln.

Ich freue mich, wenn ak mich zu Veranstaltungen u.ä. einlädt.

**Werbepremien Januar 2017:**

Ich habe ak für ein Jahr abonniert bzw. ein Jahresabo verschenkt. Schickt mir bitte die angekreuzte Prämie. Das Angebot gilt nicht für das Sozialabo.

**Prämie A**  **Prämie B**  **Prämie C**

**Zahlungsweise**

Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen.

Hiermit ermächtige ich a.k.i., Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Preis für diese Bestellung zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

KONTINHABER(IN) \_\_\_\_\_  
IBAN \_\_\_\_\_  
BIC \_\_\_\_\_  
GELDINSTITUT \_\_\_\_\_

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto aki, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, GLS Bank, IBAN DE 12 4306 0967 2038 5462 00 BIC: GENODEM1GLS

Die Mindestlaufzeit eines Abonnements beträgt ein Jahr. Bis spätestens drei Wochen vor dem Ablauf des Bezugsraumes ist es schriftlich kündbar. Ich weiß, dass ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

ORT, DATUM \_\_\_\_\_  
UNTERSCHRIFT \_\_\_\_\_

AFD? WAS T  
DE AFD? W  
EN DIE AFD  
GEGEEN DI